

Antifaz

Antifaschistische Zeitung

57

Jan./Februar '96
10. Jahrgang
DM 3,00



Lieder werden gehört, Tänze gehen weiter.

Yorum-Konzert in der Europa-Halle
Castrop-Rauxel verboten

Inhalt

3 Editorial

Bericht

- 4 *Kaum gegründet, schon Zielscheibe staatlichen Angriffs*
- 5 *"Lieder werden gehört, Tänze gehen weiter!"*
- 12 *"Ich bin stolz, ein Türke zu sein!?"*
- 15 *Städtisches Raumverbot in Essen abgewehrt*
- 19 *Antifaschistischer Bund Ruhrgebiet berät Perspektiven antifaschistischer Arbeit*
- 25 *Eine Reise im Winter*
- 29 *Kleinbürgertum und der alltägliche Faschismus - welche Rolle spielen die Medien?*
- 31 *Keine Feindschaft zwischen Türken und Kurden!*
- 35 *Die Nazi-Vergangenheit des IKEA-Chefs*

Interview

- 8 *Interview mit Grup Yorum*
Dokumentation
- 17 *Aufruf zum Aufbau eines internationalen antifaschistischen Komitees im Ruhrgebiet*

Material

- A *Bescherung mit dem Stimmzettel in Ankara*

Zur Diskussion

- 21 *Das Über-Leben: (Un-)Heimliches des Nazifaschismus*

Stellungnahme

- 33 *Wir wollen Freiheit!*

Rezension

- 34 *"The Group 43"*

Gedicht

- 36 *Vorwärts!*
- 36 *Arm in Arm*

AntifaZ

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom/von der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
Oerweg 28
45657 Recklinghauseun
Tel.: 02361/ 26345
Redaktionsanschrift:
Antifa-Zentrum
Hemer Str. 43
45657 Recklinghausen
Tel.: 02361/21686
Redaktionssitzung
Donnerstag, 19.- 20.00 Uhr.
AbonnentInnen- und Anzeigenkonto:
BLZ: 430 500 01
Kto.-Nr.: 334 01 027
Stichwort: AntifaZ
Sparkasse Bochum
Auflage: 1000
Druck: EMEK - DRUCK

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/ dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der / dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/ dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnements-Bedingungen:
Einzel-Abonnement/Jahr: 27,-DM
Förder-Abonnement/ Jahr ab 30 DM
Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM	Breite	Höhe	DM
5,5cm	<6cm	<60,-	5,5 cm	24 cm	120,-
5,5cm	8 - 11cm	60,-	7,7cm	24cm	150,-
10,5cm	8 - 6	75,-	16cm	12cm	150,-
7,7cm	10 - 15cm	95,-			

EDITORIAL

"Lieder werden gehört, Tänze gehen weiter !" lautet das Motto der ersten Ausgabe unserer Zeitschrift im neuen Jahr - ein Slogan, der von der türkischen Gesangsgruppe "**Grup Yorum**" während eines ihrer Konzerte in Mersin/Türkei geprägt wurde.

Das Motto ist nicht zufällig gewählt, verweist es doch auf die Tatsache, daß der **Kampf gegen den Faschismus in der Türkei** mit großer Entschiedenheit und unter großen Opfern geführt wird. Nicht zuletzt die zahlreichen Toten des Kampfes der politischen Gefangenen in den Sondergefängnissen der Türkei in diesen ersten Januartagen sind hierfür Beweis.

Das imperialistische Deutschland übernimmt zunehmend die Initiative in der Türkei, sorgt für deren Aufnahme in die europäische Zollunion - was weitere Verschlechterungen für die ArbeiterInnen in der Türkei bedeutet -, macht die türkischen Faschisten gemeinsam mit der türkischen Regierung hoffähig und unterdrückt mit schärfsten Zwangsmitteln jegliche Stimme in der BRD, die Kritik am türkischen Faschismus übt, sei es von deutschen, türkischen oder kurdischen Organisationen.

Skandalöser Höhepunkt in einer Welle von Verbotsmaßnahmen war das **Verbot eines großen Konzerts für Völkerfreundschaft**, das vom **Internationalen Freundschafts-Verein Recklinghausen** am 10.12.1995 in der **Castrop-Rauxeler EUROPA-HALLE** veranstaltet werden sollte. Die Teilnahme der "Grup Yorum" diente der Recklinghäuser Polizeipräsidentin als Beweis, daß die Gefahr bestehe, daß aus diesem Konzert "Verbrechen" vorbereitet werden könnten.

Die Bezeichnung "Polizeistaat" klingt angesichts dieses ungeheuren Abbaus demokratischer Rechte schon geschönt.

Nicht nur auf dem Hintergrund eines solchen Verbots, das sich einreihet in eine Kette von Verbotsmaßnahmen, insbesondere gegen deutsch-kurdische Freundschaftsvereine, steht diese Ausgabe erneut vollkommen im Zeichen des Internationalismus.

Die Redaktion führte nach dem Konzert-Verbot in Castrop-Rauxel ein **Interview mit "Grup Yorum"** durch, das in dieser Ausgabe abgedruckt ist.

Weiter gibt es eine Einschätzung zur **Lage in der Türkei nach den Wahlen vom 24.12.1995**, den Aufruf zum Aufbau eines "**Internationalen Antifaschistischen Komitees im Ruhrgebiet**", einen ausführlichen Reisebericht von **Aleksandar Berisha** über seine Erfahrungen während seines **Weihnachtsbesuchs in Bosnien**, einen Bericht über eine **Podiumsdiskussion des AFB Wanne-Eickel** unter dem Motto "**Ich bin stolz, ein Türke zu sein !?**", einen Artikel über eine Podiumsdiskussion des **Recklinghäuser Deutsch-Kurdischen Freundschaftsvereins "Hevalti"** mit dem Bundestagsabgeordneten **Cem Özdemir** (Bündnis 90/Die Grünen).

Weiter gibt es in dieser Ausgabe den ersten Teil einer neuen Artikel-Serie von **Achim Schürmann** unter dem Titel "**Das Über-Leben**" Hier geht es um "**(Un-)Heimlichkeiten des Nazifaschismus**".

Nicht zu vergessen auch der Bericht über das **Wochenend-Seminar des Antifaschistischen Bundes (AFB) Ruhrgebiet** vom 2./3. Dezember in Recklinghausen.

Und zum Schluß die Besprechung eines Buches, dessen Lektüre allen AntifaschistInnen wärmstens zu empfehlen ist: "**The 43 Group**" von **Morris Beckman** beschreibt den **antifaschistischen Kampf in Großbritannien in den Jahren 1946-1950**.

Falls sonst noch was dazukam, seht Ihr's selbst !

Für die AntifaZ-Redaktion

WT

KAUM GEGRÜNDET, SCHON ZIELSCHEIBE STAATLICHEN ANGRIFFS

Über die Gründung des "Internationalen Freundschafts-Vereins e.V." in
Recklinghausen

Im Spätsommer 1995 gegründet, feierte der Internationale Freundschaftsverein (IFV) Recklinghausen am Samstag, dem 4.11.1995, seine Gründungsfeier. Kurz danach war er schon Ziel einer Reihe skandalöser Angriffe seitens des Staates (siehe auch ausführlicher Bericht in dieser Ausgabe).

Zu Beginn der "Gründungs-party", zu der 60-80 Men-

Anschließend spielten Musiker aus Kurdistan, Deutschland und der Türkei, die sich erst kurz vor der "Fete" kennengelernt hatten. Nichtsdestotrotz kamen ihre Beiträge bei den ZuhörerInnen ganz gut an - die Gruppe will sich auch in der Zukunft an der Arbeit des Freundschaftsverein beteiligen und bei der Installation eines "Musiker"-Abends im Internationalen Zentrum mitwirken.

Einen weiteren Eckpunkt

Recklinghausen ist geplant, freitags in Zukunft anstelle des früheren "Antifa-Cafes" ein "Cafe International" einzurichten.

Auch die leiblichen Genüsse kamen nicht zu kurz, sind doch immerhin ein kurdisches und ein deutsches Mitglied des Vereins echte "Hobby-Köche".

Horst Dedden, Künstler in Recklinghausen, wurde ebenfalls Mitglied und will sich in Zukunft besonders um die künstlerische Gestaltung des Zentrums bemühen.

Alles in allem ein erfolgreicher Auftakt, und das für den 10. Dezember 1995 in der Europa-Halle Castrop-Rauxel geplante große Konzert für Völkerfreundschaft lag voll und ganz in der Zielrichtung des Vereins.

Das fand offensichtlich auch die Recklinghäuser Polizeipräsidentin und verbot das Konzert kurzerhand, zwei Tage vorher.

Klar, daß das alle zuerst unheimlich geschockt hat.

Der Schock wurde aber überwunden, und jetzt heißt es für alle: Jetzt erst recht: Es lebe die Freundschaft der Völker - Hoch die Internationale Solidarität!

**INTERNATIONALER
FREUNDSCHAFTS
VEREIN RECKLING-
HAUSEN e.V.**



schen erschienen waren, stellten die beiden Vorsitzenden des Vereins, Cem Tunc und Wolfgang Tschentscher, die Ziele ihrer neuen Organisation vor. "Der Freundschaftsverein soll überparteilich, überkonfessionell und international sein, aufkommendem Rassismus, Nationalismus und antidemokratischen Bestrebungen entgegenwirken und auch die internationale Solidarität und Völkerfreundschaft fördern."

der Arbeit des neuen Vereins sollen einzurichtende wöchentliche Deutschkurse für ausländische BürgerInnen darstellen.

Der Verein will auch mit seinen Vereinräumen ein wirklich "Internationales Zentrum" schaffen, in dem sich jederzeit Menschen unterschiedlicher Nationalität bei Tee und Kaffee treffen können.

Gemeinsam mit dem Antifaschistischen Bund (AFB) in

"Lieder werden gehört, Tänze gehen weiter!"

Am Sonntag, dem 10. Dezember 1995, sollte in der EUROPA-HALLE in Castrop-Rauxel ein vom Internationalen Freundschafts-Verein Recklinghausen veranstaltetes großes Konzert für Völkerfreundschaft stattfinden.

10 in der Türkei und weit darüber hinaus bekannte internationale Interpreten wie Musa Eroglu, Firat Baskale, Nilüfer Akbal, Tolga Candar oder Grup Yorum waren verpflichtet worden.

Am Freitag, dem 8. Dezember, nachmittags um 15.00 Uhr wurde dem Internationalen Freundschaftsverein, mitgeteilt, daß das Konzert verboten wurde

Die Recklinghäuser Polizeipräsidentin, Frau Dr. Stegelmeier, führte in ihrer Verbotserfügung aus: "Es kann nicht hingenommen werden, daß die Verbotserfügung durch Einlegen eines Widerspruchs außer Kraft gesetzt wird." Das bedeutete:

Die Polizei verhinderte diese Veranstaltung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, Rechtsmittel konnten so kurzfristig nicht mehr wirksam werden, 2000 BesucherInnen, die aus ganz Deutschland angereist waren, mußten wieder nach Haus fahren - einige hundert Polizisten vor der Europa-Halle machten deutlich, wie sie den "sofortigen Vollzug" gegebenenfalls durchzusetzen gedachten.

Dieses Verbot ist ein ungeheurer Skandal, ein massiver Abbau demokratischer Rechte und in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bisher einmalig.

Die in der Verbotserfügung angeführten Gründe entbehren jeder Rechtsgrundlage: Breit und verworren wird über vorliegende Erkenntnisse gesprochen. Klar ausgeführt wird aber, was die Polizeipräsidentin gegen eine

der teilnehmenden Musikgruppen vorzubringen hat:

"Über die 'Grup Yorum' liegen Erkenntnisse dergestalt vor, daß der Gouverneur von Istanbul in einem Schreiben vom 14.2.1990 an

Das verschlägt uns (fast) die Sprache:

Ein in der türkischen Bevölkerung berüchtigter Folterer und Menschenrechtsverletzer wird von einer deutschen demokratischen Polizeipräsidentin



das Istanbuler Verwaltungsgericht Nr. 1 vermerkt, daß die Mitglieder der Gruppe (...) in ihren Konzerten die radikale Linke symbolisieren. Durch das Skandieren von Slogans separatistischen Inhalts heizen sie die aus größtenteils Jugendlichen bestehende Hörerschaft auf und fordern diese öffentlich zur Begehung strafbarer Handlungen auf. (...)"

den als "Zeuge" präsentiert, um die Begründung für ein derartiges Verbot zu liefern!

Seit 1990 hat die 'Grup Yorum' selbst in der Türkei (auch in anderen Ländern, auch in Deutschland) zahlreiche Konzerte durchgeführt oder an ihnen teilgenommen - wie kann in einem demokratischen Land wie der BRD auf diesem Hintergrund

ein Verbot gerechtfertigt werden?

Sollte dies vielleicht mit der in den letzten Wochen insbesondere von der BRD betriebenen und in diesen Tagen erfolgten Aufnahme der Türkei in die Europäische Zollunion zu tun haben?

Ein derartiges Verbot geht alle Demokraten an, nicht zuletzt wird der Versuch unternommen, den Internationalen Freundschafts-Verein zumindest in die Nähe "terroristischer" Organisationen zu rücken.

Das skandalöse Vorgehen der Polizei verdient eine besondere 'Würdigung':

Mehrere Tage vor dem geplanten Konzert-Termin setzte die Polizei schon die Betreiber der Europa-Halle, das dortige 'Forum', massiv unter Druck und legte "Erkenntnisse" vor, daß wahlweise "Rechtsxtremisten" oder "linke Terroristen" oder "islamische Fundamentalisten" planten, die Veranstaltung umzufunktionieren. Herr Breuer, der den Mietvertrag des Forum mit dem Freundschaftsverein geschlossen hatte, berichtete noch am 10.12., man müsse sogar damit rechnen, daß "mit Kalaschnikows bewaffnete Fundamentalisten" die Bühne hätten stürmen können, so daß ein Verbot der Veranstaltung durch die Polizei die einzige Möglichkeit gewesen sei, Schutz und Sicherheit zu garantieren.

Aufgrund dieser massiven Einflußnahme seitens der Polizei kündigte das 'Forum' daraufhin fristlos den Mietvertrag mit dem

Freundschaftsverein. Dagegen legte der Verein Rechtsmittel ein und versuchte, juristisch auf dem Wege einer "einstweiligen Verfügung" das 'Forum' zur Einhaltung des Vertrages zu zwingen. Als die Polizeiführung erkannte, daß damit möglicherweise (und höchst wahrscheinlich) die Veranstaltung doch stattfinden könnte, griff sie zur härteren Keule: Kurzfristig wurde eine richterliche Entscheidung zum Durchsuchen der Wohnung eines der Vorstandsmitglieder des Vereins erwirkt, ein paar beschlagnahmte Broschüren und Flugblätter wurden als "Beweis" dafür hochgejubelt, daß der Verein die Durchführung einer "politischen Veranstaltung" plane, von der Gefahren für die allgemeine Sicherheit und Ordnung ausgingen.

Mitten in die Verhandlung zur Erwirkung einer "einstweiligen Verfügung" hinein platzten die Beamten dann mit der Verbots-Verfügung. Ausdrücklich war der "sofortige Vollzug" angeordnet worden, um, wie schon oben erwähnt, zu verhindern, "daß die Verbotsverfügung durch Einlegen eines Widerspruchs außer Kraft gesetzt wird".

Mit diesem Satz entlarvte die Recklinghäuser Polizeipräsidentin ihre Taktik: Selbstverständlich war das Rechtsmittel des Widerspruchs auch gegen den "sofortigen Vollzug" möglich, nämlich beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen. Klar war aber, daß eine derartig kurzfristige Verbotsverfügung dem Freundschafts-Verein so gut

wie kaum noch Chancen ließ, Beweismittel gegen die in der Verfügung genannten "Begründungen" zu formulieren.

Jetzt waren erst einmal die Vertreter des 'Forum' aus dem Schneider: Sie konnten juristisch nicht mehr gezwungen werden, den Mietvertrag zu erfüllen - durch das Verbot waren ihnen ja "die Hände ebenfalls" gebunden. "Dankenswerterweise" behielten sie von dem im Voraus gezahlten Mietpreis von 7800,- DM nur 2800,- DM als "Storno-Gebühr" ein - sie hätten auch gar nichts zurückzahlen brauchen, wie der Vertreter des Forum betonte.

Zu den 2800,- DM Verlust kamen dann noch einmal 2100,- DM Gerichts- und Anwaltskosten, dazu die Kosten für Werbung, Druck von Eintrittskarten, Honorar-Ausfall-Kosten für verschiedene Interpreten usw.

Parallel zu dem Versuch, den Verein in die "terroristische Ecke" zu drängen, läuft der Versuch, ihn finanziell zu ruinieren.

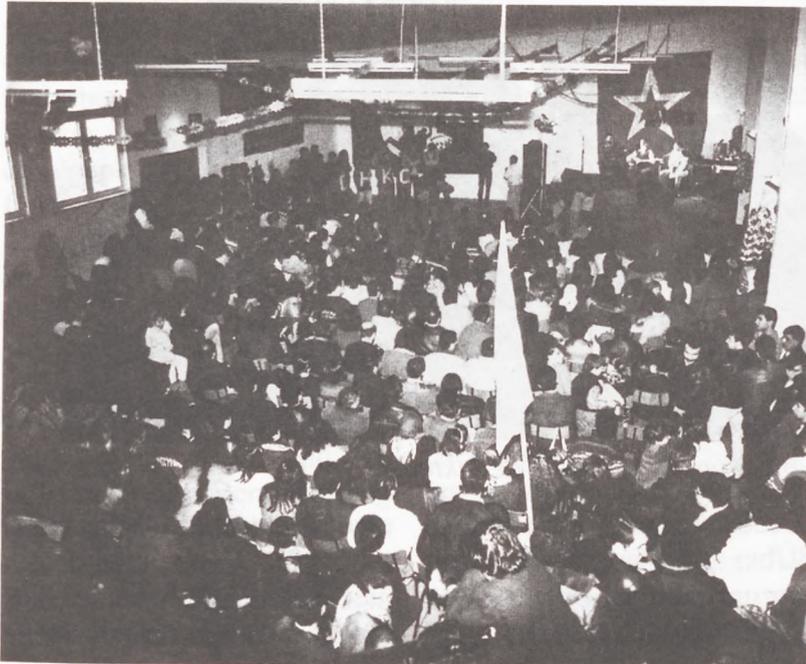
Doch es ist noch keineswegs entschieden, wer am Ende aus diesem Kampf siegreich hervorgeht.

Erst einmal ließ der Verein gegen die Verbotsverfügung im Nachhinein Widerspruch einlegen.

Zum zweiten, und das ist in den kommenden Wochen das Wichtigste, soll eine politische Gegenoffensive gegen das Verbot entwickelt werden, in der die Zusammenarbeit der deutschen Polizei mit den faschistischen

Henkern in der Türkei entlarvt wird.

Zum dritten, und das sei hier nur am Rande erwähnt, fand am 10. Dezember trotz des Verbots irgendwo im Ruhrgebiet ein Konzert statt, das von etwa 1200 Menschen besucht wurde:



"Lieder werden gehört, Tänze gehen weiter!"

Weg mit den Verboten von Veranstaltungen demokratischer Künstler aus der Türkei und anderswo!

Als vor wenigen Wochen in der Herner Gysenberghalle ein Konzert mit 3000 Anhängern der faschistischen "Grauen Wölfe" durchgeführt wurde, sah die deutsche Polizei keinen Grund einzuschreiten. Doch wenn Menschen, die das faschistische Regime in der Türkei ablehnen und in internationaler Solidarität ein Fest der Völkerfreundschaft organisieren wollen, wird dies verboten!

Das darf nicht hingegenommen werden!

Wir fordern alle demokratisch gesinnten Menschen, Gruppen und Organisationen auf, gegen das Verbot der Veranstaltung in Castrop-Rauxel zu protestieren. Wir werden uns durch dies

Verbot nicht einschüchtern lassen - im Gegenteil: Jetzt erst recht!

Wer weitere Informationen von uns erhalten will, wer den Kampf gegen das Verbot in irgendeiner Form unterstützen will, wende sich bitte an das

INTERNATIONALE ZENTRUM, HERNER STR. 43, 45657 RECKLINGHAUSEN (Tel.: 02361 / 21686)



10.12.'95

Anzeige

KUCHE AUS 1001 NACHT GEMACHT

KOKILLE

Original türkische Küche

Bochum, Südring 24
Tel. 66611
geöffnet
Montags bis Sonntags
18.00 Uhr bis 3.00 Uhr
nachts

INTERVIEW MIT GRUP YORUM

Kurz nach dem Verbot des Internationalen Freundschafts - Konzerts in der EURO-PA-HALLE in Castrop-Rauxel konnte unsere Zeitschrift ein längeres Interview mit GRUP YORUM durchführen - derjenigen Musikgruppe, die als Hauptzielscheibe in der Verbotsverfügung der Recklinghäuser Polizeipräsidentin herhalten mußte (siehe auch ausführlicher Bericht in dieser Ausgabe).



Grup Yorum mit AntifaZ-Redakteur

AntifaZ: Wer ist die GRUP YORUM, wann seid Ihr entstanden, was drücken Eure Lieder aus und was bedeutet der Name YORUM?

Grup Yorum: Grup Yorum ist 1985 entstanden, hauptsächlich drücken unsere Lieder den Kampf gegen die Kräfte in der Türkei aus, die am 12. September 1980 den Putsch durchgeführt haben. Dieser Putsch hatte in der Türkei sämtliche demokratischen Rechte abgeschafft. Aus der Zeit dieser faschistischen Unterdrückung sind wir entstanden, hier liegen unsere Wurzeln.

Der Name YORUM bedeutet einfach Kommentar - Kommentar dazu, das Leben mit einem revolutionären Ziel durchzusetzen.

AntifaZ: In der Verbotsverfügung der Recklinghäuser Polizeipräsidentin gegen die Veranstaltung am 10.12. in

Castrop-Rauxel heißt es: "Über die Popgruppe "Grup Yorum" liegen Erkenntnisse dergestalt vor, daß der Gouverneur von Istanbul in einem Schreiben vom 14.02.1990 an das Istanbul-er Verwaltungsgericht Nr. 1 vermerkt, daß die Mitglieder der Gruppe Aktivisten und Sympatisanten der DHKP-C sind. In ihren Konzerten symbolisieren sie die radikale Linke. Durch das Skandieren von Slogans separatistischen Inhalts heizen sie die aus größtenteils Jugendlichen bestehende Hörerschaft auf und fordern diese öffentlich zur Begehung strafbarer Handlungen auf."

Lassen wir mal die beleidigende Bezeichnung "Popgruppe" für sich stehen, auch die Tatsache, daß es 1990 in der Türkei noch gar keine DHKP-C gab, auch die skandalöse Tatsache, daß

eine deutsche (demokratische ?) Polizeipräsidentin hier offenichtlich den Fehler macht, aus den ihr zugestellten Informationen des türkischen Geheimdienstes MIT ausgerechnet einen in der Türkei berüchtigten faschistischen Menschenrechtsverletzer und Folterer zum Zeugen ihrer Vorwürfe zu machen, was haltet Ihr denn von den erhobenen "Vorwürfen", die Euch hier gemacht werden?

Grup Yorum: Wir sind Feinde des Imperialismus, das ist bekannt. Deutschland ist die führende imperialistische Kraft in der Türkei. Wenn klar ist, daß die Faschisten der Türkei versuchen, uns zu verbieten, dann ist klar, daß sie uns hier auch zu verbieten versuchen. Uns wundert das nicht, daß der deutsche Staat versucht, unsere Lieder in Deutschland zu verbieten, weil unsere

Lieder gegen den Imperialismus sind. Daher versuchen sie, uns hier zu verbieten.

AntifaZ: Bei den herrschenden faschistischen Zuständen in der Türkei wundert es uns, daß Konzerte von Euch dort aber stattgefunden haben und dies in großer Zahl - wie ist das möglich?

Grup Yorum: Wir wollen mal über ein Konzert, z.B. in Mersin, berichten. Zur Zeit des geplanten Auftritts befanden sich 9 Mitglieder von Yorum im Gefängnis, einer war frei, weil er eine Klausur schreiben mußte. Er hat versucht, einige Musiker zusammenzubringen, von anderen Gruppen, die mit Yorum Verbindung haben, und hat in Mersin eine Veranstaltung organisiert, während wir im Gefängnis saßen. Auf dem Konzert in Mersin trat also Grup Yorum auf, obwohl sie im Gefängnis saß.

Bei den meisten Konzerten haben wir Probleme, von Anfang an. Schon wenn Plakate herausgebracht werden, Karten gedruckt werden, haben wir Befürchtungen, daß dies schon verboten wird, ob wir überhaupt die Konzerte erlauben bekommen oder nicht. Eigentlich müßten die Beamten 72 Stunden vor einem Konzert bekanntgeben, ob das Konzert erlaubt ist oder nicht, aber meistens machen sie das nicht, sondern entweder unmittelbar vor Beginn des Konzerts oder sogar mittendrin.

Wir haben bei den Konzerten von Anfang an Probleme, z.B. beim Stimmen der Instrumente, wir werden vorher festgehalten und

ausgequetscht, man fordert, wir sollen keine Slogans rufen, keine Gedenkminute machen. Uns wird angedroht, wenn wir so etwas Ähnliches machen, würden sie uns verhaften. Auch unsere Zuhörer werden oft festgenommen, manche sitzen wegen des Versuchs, an einem Grup Yorum-Konzert teilzunehmen, zwischen drei oder sechs Monate in Haft. Unter solchen Schwierigkeiten organisieren wir unsere Konzerte.

Die Konzerte, die wir in der Türkei geben, sind anders als solche, die wir hier in Deutschland durchführen. Die Menschen nehmen solche Schwierigkeiten auf sich, um in unsere Konzerte überhaupt reinzuschauen.

Natürlich ist dort die Freude anders als hier, diese Freude können wir in den Augen unserer Zuhörer sehen - es ist eine sehr viel größere Freude bei unseren Konzerten in der Türkei zu verspüren.

Wir wissen, daß unsere Konzerte nur mit ständiger Unterdrückung stattfinden. Oft, wenn wir im Saal sind, während unserer Lieder, schalten sie einfach das Licht aus, schalten den Strom ab, dann ist nichts mehr. Dann haben wir öfter unter Kerzen gesungen. In Bursa haben wir z.B. öfter beantragt, dort ein Konzert durchzuführen, aber jahrelang haben sie uns das verboten. Wir haben aber einmal einen Weg gefunden, dort ein

Konzert im Freien durchzuführen, ohne Strom, da waren fast 5000 Menschen auf diesem freien Platz, man hörte uns kaum, aber wir haben durchgeben lassen, jetzt singen wir diese Lieder, jetzt singen wir zusammen. Alle haben mitgesungen, unsere Lieder sind überall bekannt.

Hier in Deutschland nehmen an unseren Konzerten weniger Menschen teil, in der Türkei kommen trotz der Verbote oft 10 000 Menschen.

Noch etwas konkreter zu den Schikanen der Polizei bei unseren Konzerten dort. Wenn z.B. vor einem Konzert an einer Stelle Karten verkauft werden, gehen Polizisten dorthin und sagen, besonders

Anzeige

Gegen Rassismus und Faschismus

inisiyatif Nr. 10

Deutsch-Türkische Zeitschrift

ist da!

Themen:

- **Türkische Faschos: Ideologie, aktuelle Infos, Milli Maçlar**
- **Reportage mit einer zapatistischen Kollektive**
- **Deutschland und Rassismus**
- **Türkiye ve Kürdistan'daki son gelişmeler**
- **Berliner Wahlergebnisse**
- **Vorurteile**
- **Aziz Nesin, Satire, Şiirler**

Erhältlich in allen guten Läden u. bei inisiyatif, c/o ADA e.V., Reichenberger Str. 63a, 10999 Berlin, f. 5,- DM (2,- DM + Porto) in Briefmarken

Irkçılığa ve Faşizme karşı inisiyatif

den Studenten, ihr habt an dem Tag Klausur, wenn ihr dahingeht, werden wir euch festnehmen, so daß ihr an diesem Tag keine Klausur mehr schreiben könnt. Sie kommen immer mit diesen Unterdrückungen zu uns. In Meltepe hatten wir auch ein Konzert im Freien gegeben, das ist ein Slum-Gebiet, dort hatten sich viele Menschen während des Konzerts angesammelt, während wir sangen, haben Polizisten in die Menge geschossen, nicht in die Luft, sondern einfach in die Menge hinein. Nachdem das Konzert beendet war, haben wir festgestellt, daß die Wände der Häuser dort von Kugeln durchlöchert waren. Mit dieser Unterdrückung leben wir, trotzdem kommen die Menschen zu unseren Konzerten.

AntifaZ: Wie schätzt Ihr die augenblickliche Situation in der Türkei ein?

Grup Yorum: Die Lage in der Türkei ist allgemein bekannt. Die Türkei ist ein Land, das Menschen auf offener Straße erschießt, verschwinden läßt, ihre Bevölkerung ausbeutet, Arbeiter bekommen ihr Gehalt nicht ausgezahlt, Beamten, Studenten bekommen ihre Rechte überhaupt nicht, kein Bereich der Bevölkerung hat irgendwelche Rechte, oder es existieren nur minimale Rechte - demokratische Rechte existieren sowieso nicht. In dieser Lage befindet sich heute die Türkei.

Gegen diese Ausbeuter gibt es eine Gegenbewegung von Arbeitern, Beamten, Studenten, eine breite Volksbewegung, die alle Teile unserer Bevölkerung umfaßt, eine Bewegung, die sich gegen dieses System stellt und ihre Rechte verlangt, ihre Menschenrechte überhaupt, in der Türkei herrscht offener Faschismus, der von allen Völkern der Türkei bekämpft wird.

Es hat sich ein Befreiungskampf entwickelt, nicht nur des türkischen Volkes, sondern vieler Völker in der Türkei. Es gibt bei uns nicht nur Türken, sondern Kurden, Tscherkessen, Armenier und andere Völker. Dieser Befreiungskampf hat als Ziel eine klassenlose Gesellschaft, also eine Gesellschaft ohne Ausbeuterklassen, und dieses Ziel wird aus eigener Kraft erreicht werden - so kann man die augenblickliche

Lage in der Türkei beschreiben.

AntifaZ: Beschreibt einmal etwas genauer, woher Ihr die Kraft nehmt, angesichts solcher Unterdrückung für Eure Ziele einzutreten, eine Kraft, die anderen Mut macht und sie mit Optimismus erfüllt?

Grup Yorum: Unsere Kraft schöpfen wir in erster Linie aus dem Vertrauen in unser Volk, aus dem Vertrauen in die Armen und Unterdrückten. Wir haben auch den Glauben, die Zuversicht, daß die Revolution siegreich sein wird. Es gibt eine lange Tradition des Kampfes unserer Völker, die eine Kraft, eine Liebe in uns weitergibt, die in uns weiterarbeitet.

Wir schöpfen Kraft auch aus unserer Organisation, aus dem Marxismus, aus dem Leninismus, aus der Gewißheit, daß der Sozialismus erreicht werden wird. Unser Ziel, der Sozialismus, gibt uns diese Kraft, und wir bringen das in unseren Liedern zum Ausdruck, wir geben dies an unser Volk weiter. In dem Lied, das wir unseren revolutionären Gefallenen gewidmet haben, haben wir diesen unser Versprechen gegeben, den revolutionären Kampf weiterzuführen, auch daher nehmen wir unsere Kraft.

AntifaZ: Die Parole "Lieder werden nicht schweigen, Tänze gehen weiter" ist Euer Motto geworden, könnt Ihr die Bedeutung dieser Parole genauer erläutern?

Grup Yorum: Dieser Slogan ist nach der Festnahme in Mersin entstanden. Grup Yorum wurde

Anzeige

Theater Kunst

Jonglieren



Artistik

Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5

Öffnungszeiten: 10⁰⁰-18⁰⁰
Samstage 10⁰⁰-14⁰⁰ & langer Samstag

festgenommen, aber Grup Yorum hat Konzerte gegeben, obwohl sie im Gefängnis war, einige haben draußen weitergemacht - das ist jetzt unser, wie sagt man dazu, Symbol oder Motto geworden, das heißt, Grup Yorum besteht nicht aus einzelnen Menschen, sondern viele Menschen sind Grup Yorum, sie werden die Konzerte machen. Wir haben z.B. in Istanbul an einem Tag gleich zwei Konzerte gleichzeitig gegeben. Somit drückt dieser Slogan aus: Egal, wie stark sie uns unterdrücken, wir werden immer Mittel und Wege finden, daß unsere Lieder zu den Menschen gelangen, und die Menschen werden unsere Lieder immer mögen, auch wenn sie von Verboten oder Gefängnisstrafen bedroht sind, sie werden diese Lieder weiter singen und weiter mit unseren Liedern tanzen.

AntifaZ: Gibt es in der demokratischen und revolutionären Kultur der Türkei bestimmte Dinge, auf die Ihr Euch besonders stützt, auf denen Ihr aufbaut oder die Ihr weiterentwickelt?

Grup Yorum: Wir greifen oft traditionelle Lieder auf, die schon früher gesungen wurden, jedoch nicht mit mehr Instrumenten, als dies früher der Fall war. Wir haben eine reichhaltige Instrumentierung hinzugefügt. Wir leben in unseren Völkern, sind ständig bei ihnen, und so gehen Schmerz, Liebe und Kraft, die sie im Moment erleben, in unsere Lieder ein. Wir verbinden diese Gefühle mit

Gedanken. Wir geben die alten Lieder, die von einem Kampf, vom Schmerz, von der Liebe der Völker erzählen, die immer noch Gültigkeit haben, diese Lieder geben wir weiter an unsere Zuhörer, an das Volk.

AntifaZ: Welche Wünsche, welche Forderungen oder welche Ratschläge habt ihr für die demokratische, die linke und antifaschistische Öffentlichkeit in Deutschland?

Grup Yorum: Die Linken in Deutschland sollten ihren Kampf ernsthafter führen und sich darüber organisieren. Wir denken, sie sollten das, was Karl Marx und Rosa Luxemburg entwickelt haben, aufgreifen, weiterentwickeln und in verschiedenen Bereichen bearbeiten. An erster Stelle denken wir, daß die Linken international sein sollten, sie sollten ihre Augen öffnen für das, was in anderen Ländern geschieht und ihre Augen nicht geschlossen halten und darüber überhaupt nichts wissen. In Deutschland passiert vieles, es bleibt nicht so, wie es ist. Deutschland wird ein Polizeistaat, darüber sollte man sich Gedanken machen. Wir schlagen vor, daß wir uns in einem gemeinsamen Raum kennenlernen sollten, auf Veranstaltungen uns näher kommen sollten, Überlegungen anstellen, wie wir das Ganze zusammen analysieren können. Für uns in der Türkei ist es wichtig, daß überhaupt die deutsche Öffentlichkeit informiert wird darüber, wie die Lage in der Türkei ist, denn da herrscht

offener Faschismus. Kommt zu uns, schickt politische Delegationen, die sich die Lage anschauen, auch das ist eine Form der Unterstützung unseres Kampfes. Dies ist vielleicht für Euch eine Kleinigkeit, macht aber vieles aus. Diese Zusammenarbeit macht unsern Kampf stärker. Wir wollen auch bei deutschen Linken die Bereitschaft sehen, daß sie über die Türkei genau und ernsthaft Bescheid wissen. Viele wissen überhaupt nicht, was in der Türkei passiert, wie die Kampfstrukturen in der Türkei sind, mit welchen Problemen wir konfrontiert werden. Wenn man zusammenarbeitet, lernt man sich h kennen, damit stärkt man auch den Kampf hier in Deutschland.

AntifaZ: Wir bedanken uns für dies Interview und geben Euch das Versprechen, daß wir das, was in unseren Kräften steht, für die Verbesserung der Zusammenarbeit, für die Stärkung der internationalen Solidarität und für den Zusammenschluß der AntifaschistInnen auf internationaler Grundlage einsetzen werden.

Anzeige

Cafe Alibi

Kaiserwall 11a

45657 Recklinghausen

☎ 02361/ 27709

Mo.-Fr. ab 9.30 Uhr

Sa + So ab 18.00 Uhr

"ICH BIN STOLZ, EIN TÜRKE ZU SEIN !?"

Unter diesem Motto diskutierten am 15. Dezember vor 150 ZuhörerInnen in der Gesamtschule Wanne-Eickel mehrere Vertreter verschiedener AusländerInnen-Beiräte sowie Menschen kurdischer, türkischer, albanischer und deutscher Nationalität.

VeranstalterInnen waren die SchülerInnenvertretung (SV) der Gesamtschule Wanne-Eickel, der Antifaschistische Bund (AFB) Wanne-Eickel, die Gesellschaft freie Sozialarbeit (GFS) und Bünd-

nis 90/Die Grünen.

Ziel dieser Veranstaltung sollte sein, "einen Beitrag zur Völkerverständigung und zum Abbau der Schranken zwischen kurdischen, türkischen und deutschen Jugendlichen zu leisten."

Dies hat die Diskussion nur bedingt erreicht - wie es dazu kam und welche Schlußfolgerungen aus dieser Diskussion gezogen wurden, schildert der folgende Beitrag der Ortsgruppe Wanne-Eickel des Antifaschistischen Bundes (AFB).

Zumindest ein Problem war schon - oder erst - zwei Tage vor der Veranstaltung gelöst: Woher bekommen wir einen Spezialstuhl für einen der Teilnehmer an der Podiumsdiskussion. Gemeint ist **Siegfried Martsch** (Bündnis 90/Die Grünen), der aber durch sein Büro zwei Tage vor der Veranstaltung mitteilen ließ, daß "Siegfried dringend nach Damaskus fliegen müsse" (was auch stimmte, wie die Fernsehbilder seines Treffens mit "Apo" Öcalan bewiesen). Für Ersatz hat er allerdings nicht gesorgt.

Für ihn sprang dann kurzfristig **Fikri Arslan** aus Essen ein, dort aus Protest aus dem AusländerInnenbeirat zurückgetreten (allerdings nicht aus "Protest gegen die Diskussion der Kurdenfrage", wie die WAZ in ihrer irreführenden Darstellung schrieb, sondern weil sich dies Gremium in Essen nicht von den faschistischen Grauen Wölfen distanzierte).

Dabei hatte gerade die Person von **Siggi Martsch** im Vorfeld der Veranstaltung

für einigen Wirbel gesorgt - hatte doch der Vorsitzende des Herner AusländerInnenbeirates, ein Herr **Ulusoy**, seine Teilnahme an der Diskussion ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß "Herr Martsch nicht an der Diskussion teilnimmt".

Auch ein Herr **Memis Sahin**, (angeblich) zweiter Vorsitzender des "Herne Türk-Alman Kültür ve Sosyal Hizmetler Dernegi" (Herne MHP-Verein) hatte seine Teilnahme an der Diskussion zugesagt, war dann aber doch nicht erschienen.

Auf dem Podium saßen dann letztendlich **Hüseyin Celik** (Herne AusländerInnen-Beirat), **Ali Ertan Toprak** (Recklinghäuser AusländerInnen-Beirat), **Fikri Arslan**, **Aleksandar Gjoke-Berisha** (AFB Lünen), und **Fettah Timar** (Komkar).

Nachdem alle Podiumsteilnehmer in Beiträgen von 5-10 Minuten ihre Vorstellungen zu Fragen des Nationalismus, Rassismus und Faschismus unter Türken und Kurden (und Deutschen)

dargelegt hatten, kam es zu einer (teilweise) spannenden und (häufig) emotionsgeladenen Diskussion der Podiumsteilnehmer mit dem Publikum.

Hierbei wurde schnell deutlich, daß insbesondere "die Kurden auf dem Podium" schnell Zielscheibe von Zwischenrufen und (oft) polemischen Attacken aus dem Publikum werden sollten.

Obwohl in den Beiträgen vom Podium die "kurdische Frage" nur eines der angesprochenen Probleme war, wurde doch schnell deutlich, daß dies Thema im Verlauf der Diskussion alles andere in der Hintergrund drängte.

"Aus dem Ruder lief die Podiumsdiskussion" schrieb dann auch die Korrespondentin der WAZ - hier hatte sie durchaus nicht so Unrecht.

Allerdings blieben ihr die Ursachen für diese Tatsache weitgehend verborgen.

So schrieb sie z.B. "Die türkischen Schüler verfolgten die Wortbeiträge des Podiums über die Verschleppung und Vergewaltigung von

Kurden zum Großteil mit Unglauben." Und sie zitierte (wenn auch nicht ganz korrekt) eine Schülerin: "Ich verstehe das alles nicht", schüttelte eine Schülerin, selbst Kurdin, den Kopf. Ich habe im Urlaub mit Kurden gesprochen. "Sie sagten, sie können in Frieden leben und werden von türkischen Soldaten beschützt."

Die Korrespondentin vergaß hinzuzufügen, daß diese Schülerin ihr Gespräch mit KurdInnen angeblich in

ersten Mal etwas hörten (erwähnte Schülerin steigerte ihre angebliche Naivität noch, als sie nach dem abschließenden Film über die Ereignisse in Sivas behauptete, davon, daß dort 37 Menschen verbrannt worden seien, habe sie noch nichts gehört, sie habe immer gedacht, dort sei es nur gegen "diesen Aziz Nesin gegangen").

Die VeranstalterInnen mußten im Verlauf der Diskussion erkennen, daß es durchaus

Diskussion kommen würde - man wollte das Feld nicht kampflos "den Kurden" überlassen. Zum anderen war offensichtlich, daß dann während der Veranstaltung versucht wurde, einzelne Leute zu beeinflussen und zum Verlassen des Raumes zu bewegen (erkennbar daran, daß bestimmte Leute öfter rein und raus liefen und dann immer 2-3 Leute "im Schlepptau" hatten).

Positiv angesichts dieses Vorgehens, daß zum Schluß

doch noch etwa 30 Leute an der Diskussion teilnahmen, denn nun wurde (wenn auch in zu kurzem Maß) einiges wirklich Wichtige zur Sprache gebracht, was als Problem nicht mit ein paar einfachen "Wahrheiten" zu lösen ist. Zum Beispiel schilderte eine Schülerin ihre Erfahrung mit männlichen



Diyarbakir geführt hatte, was selbst den ansonsten äußerst sachlich und emotionslos argumentierenden Fikri Arslan zu der Bemerkung veranlaßte, das glaube er ihr nicht.

Nicht nur dieser Beitrag einer Schülerin, sondern auch andere machten deutlich, daß zu dieser Veranstaltung nicht nur Menschen gekommen waren, die über die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei an diesem Abend (angeblich) zum

eine größere Anzahl von türkischen Jugendlichen gab, die offensichtlich dem näheren Umfeld der "Grauen Wölfe" zugerechnet werden müssen und deren Auftreten auf der Veranstaltung offensichtlich von taktischen Überlegungen geprägt war.

Zum einen war man nur deshalb gekommen, weil man nicht einschätzen konnte, wie viele (noch) demokratisch und tolerant eingestellte Jugendliche zu der

deutschen Jugendlichen folgendermaßen: "Ich bin blond und hab blaue Augen. Manchmal sagen die deutschen Jungen zu mir, ich sei ja gar kein richtiger Türke, sondern ein Mischling. Dann muß ich doch automatisch stolz sein, ein Türke zu sein, oder?"

Ein anderer türkischer Jugendlicher schilderte seine Reaktion auf die Serie von Morden und Brandanschlägen an türkischen

BürgerInnen in Deutschland: "Ich war früher Weltbürger und möchte das eigentlich auch heute noch sein, aber nach diesen Erfahrungen bin ich wieder konservativer geworden und bekenne mich mehr zu meinem Türkentum."

Sicher kein Zufall, daß diesem Jugendlichen der Beitrag von Hüseyin Celik auf dem Podium am besten gefiel, der ausgeführt hatte, er sei gebürtiger Kurde, seine ehemalige Staatsbürgerschaft sei die türkische, seine heutige sei die deutsche, dadurch sei die Frage schwierig geworden, was er denn heute überhaupt sei. An seinen Beitrag hatten auch die Ausführungen von Aleksandar Gjoke-Berisha stark angeknüpft. Seine Eltern waren vor 20 Jahren von Albanien nach Deutschland gekommen, er ist hier aufgewachsen und deutscher Staatsbürger. Aleks ist in Lünen politisch sehr aktiv in der Solidaritätsarbeit mit Flüchtlingen und Asylbewerbern und setzte sich kritisch mit dem türkischen Nationalismus und Faschismus auseinander - was ihm den besonderen Haß der türkischen Faschisten eingebracht hat. Gerade sein Eintreten für Toleranz, Menschenrechte, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für Völkerfreundschaft führte auch während dieser Veranstaltung dazu, daß einzelne aus dem MHP-Umfeld nicht mal den Versuch zur Diskussion unternahmen, sondern zu Mitteln der Demagogie und Provokation griffen: Dümmlische

Zwischenrufe wie "Warst du schon mal in der Türkei? Nein? Alles klar, das wollte ich nur wissen" waren der hilflose Versuch, den Podiumsteilnehmern Sachkenntnis und damit Urteilsfähigkeit abzusprechen - ein solcher Versuch mußte bei einem Podium dieser Zusammensetzung kläglich scheitern. Genauso dreist der provokative Versuch eines türkischen Jugendlichen, den Grauen Wolf als das "Staatsymbol der Türkei, schon immer" zu bezeichnen. Erfreulich, daß dieser Graue Wolf-Sympathisant sein Weltbild ziemlich deutlich offenlegte: "Es gibt Kurden, es gibt Türken und es gibt Deutsche - das sind für mich Menschen, und es gibt die PKK - das sind Terroristen".

Hier wurde sie auf den Punkt gebracht, die offizielle "Argumentations"-Linie des türkischen Staates und der türkischen Faschisten: Es gibt kein Kurdenproblem, sondern nur die "Vernichtung der Terroristen". Von der These "Es gibt kein Kurdenproblem" war es dann auch nur ein kleiner Schritt zu der weiteren Behauptung: "Es gibt keine kurdische Sprache, das ist nur ein bestimmter Dialekt innerhalb des Türkischen".

Gelungen der daran anschließende Redebeitrag aus dem Publikum, der klarstellte, daß es eigentlich nur eine Minderheit von "Türken" in der Türkei gebe, die große Mehrheit seien Tscherkessen, Armenier, Kurden, Lazen, Griechen usw. So war die "kurdische Frage"

zweifelloos zu stark in den Mittelpunkt gerückt, andere Probleme wurden in den Hintergrund gedrückt wie der der "Integration" von "ausländischen" Jugendlichen in der "deutschen Gesellschaft" (immerhin stand als Motto über dem Podium "Multikultur statt Monokultur"), die Möglichkeiten einer deutlichen Isolierung jedes Faschismus' (auch wenn hier vom Podium einiges an Aufklärung über die MHP, ihre Geschichte und ihre aktuelle politische Taktik, geliefert wurde), die Kritik an deutschen Behörden, Parteien oder dem deutschen Staat, die allesamt eine unterstützende Funktion bei der Ausbreitung des türkischen Faschismus unter den Jugendlichen (und Erwachsenen) einnehmen sowie die Frage, wie eine zukünftige gemeinsame Bekämpfung des (auch des türkischen) Faschismus entwickelt werden kann.

Fazit der Veranstalter:

Die Diskussion war wichtig und aufschlußreich, ein erster Schritt in die richtige Richtung, den türkischen Faschismus zu isolieren, Menschen aus seinem Umfeld zu lösen und eine Politik der Völkerfreundschaft zu entwickeln.

Sie soll unbedingt fortgesetzt werden, wobei aus dieser ersten Veranstaltung zu dem Thema wichtige Lehren gezogen werden konnten.

**Antifaschistischer
Bund (AFB),
Ortsgruppe
Wanne-Eickel**

STÄDTISCHES RAUMVERBOT IN ESSEN ABGEWEHRT

KURDISCHES FEST TROTZ POLIZEI EIN ERFOLG

Wie in den vergangenen Jahren fand am 25.11.1995 im Essener Jugendzentrum Papestraße ein kurdisches Kulturfest statt. 800 Menschen besuchten das vom Deutsch-Kurdischen Solidaritätsverein Essen, der Roten Hilfe e.V. und dem kurdischen Dachverband YEK-KOM getragene Fest, trotz eines auf Abschreckung angelegten Polizeieinsatzes rund um den Veranstaltungsort.

Das Fest war erst möglich geworden, nachdem die Stadt Essen gerichtlich mit ihrem Versuch scheiterte, dem Deutsch-Kurdischen Solidaritätsverein den Saal zu verweigern. Die Stadt hatte sich dabei auf Dossiers der Polizei gestützt. Nach dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen erteilte ihr - und damit dem Staatsschutz - das Oberverwaltungsgericht Münster, von der Stadt als zweite Instanz angerufen, eine Abfuhr.

der Roten Hilfe e.V. zur Veranstaltung, d.Red.) der Veranstaltungszweck eines Solidaritätsfestes zum zweiten Jahrestag des Verbots kurdischer Organisationen betont und das Verbot abgelehnt wird, bewegt sich der Mitveranstalter hiermit im zulässigen Bereich kritischer Meinungsäußerung. Auch eine engagierte Stellungnahme zur Lage der Kurden in der Türkei und in der Bundesrepublik unterliegt keinem Verbot."



Während sich die Stadt Essen an der Verfolgungspolitik im Stile Kanthers (CDU) und des bayrischen Innenministers Beckstein (CSU) orientierte, verteidigte das OVG Münster so mit einer bei deutschen Gerichten und Behörden derzeit selten zu findenden Deutlichkeit das demokrati-

In der Begründung des Beschlusses heißt es: "Konkrete Anhaltspunkte für die Gefahr von Rechtsverstößen (...) sind nicht vorhanden. Sie ergeben sich zum einen nicht aus den vage gehaltenen, teilweise unerheblichen, teilweise durch den Nachweis erfolgter Einstellungen von Ermittlungsverfahren relativierten Berichten der Polizei (...). Auch soweit mit dem Flugblatt (gemeint ist ein Flugblatt

sche Recht auf freie und kritische Meinungsäußerung gegen die Unterdrückung kurdischer Menschen und ihrer Organisationen.

Fast hätte die Polizei noch ihren eigenen Einsatz gegen eine spontane Demonstration von rund 250 meist kurdischen Menschen am Samstagvormittag in der Essener Innenstadt zum Vorwand genommen, das Kulturfest zu verbieten. Die Demonstranten forderten die

Aufhebung der Verbote kurdischer Vereine und Organisationen und die Einstellung der Unterstützung des türkischen Staates durch die Bundesregierung. Sie nahmen damit ihre demokratische Meinungs- und Demonstrationenfreiheit wahr. Daß die Demonstration nicht angemeldet war, wiegt dagegen als Ordnungswidrigkeit nicht schwer. Der unverhältnismäßige Einsatz von über 1000 Polizisten führte dann zu einer Eskalation der Gewalt.

Zum Ausdruck kam der scheinbar nicht zu bremsende Wille deutscher Staatsorgane, jede öffentliche Meinungsäußerung zur kurdischen Frage zu unterbinden. Aus ganz NRW wurde Polizei zusammengezogen, die Demonstranten eingekesselt und verhaftet. 100 Festnahmen vermeldete die Polizei, fast genau ein Jahr nach ihrem Einsatz zum EU-Gipfel. Die Festgenommenen wurden erst am späten Abend freigelassen, um sie an der Teilnahme an der Veranstaltung zu hindern. Nur durch die massive "Polizei-präsenz" sei ein friedlicher Verlauf der Veranstaltung im Jugendzentrum möglich geworden, so die Presseberichterstattung vor allem der WAZ. Tatsächlich konnte das Fest nur deshalb durchgeführt werden, weil es in letzter Minute auf Betreiben der Veranstalter zu Absprachen mit der Polizei kam. Am frühen Nachmittag des 25.11. fand ein Treffen mit Polizeipräsident Dybowski und den verantwortlichen Einsatzleitern statt. Den Vorwurf, durch den massiven Polizeieinsatz die Veranstaltung verhindern zu wollen, wies Dybowski von sich. Es ginge lediglich darum, Rechtsverstöße wie das Zeigen von verbotenen Symbolen und Abzeichen zu verhindern. Allerdings konnte er den Veranstaltern nicht genau sagen, welches Symbol und Abzeichen denn nun eigentlich den Tatbestand der "Unterstützung" der PKK erfüllen. Vereinbarung wurde, daß drei zivile Polizeibeamte vom Staatsschutz das Fest beobachten und ihre "Beanstandungen" den Veranstaltern mitteilen.

Die Veranstaltung konnte pünktlich um 17.00 Uhr beginnen und verlief reibungslos. Der Reinerlös des Kulturfestes geht in den Rechtshilfefond der Roten Hilfe zur Unterstützung kurdischer politischer Gefangener in

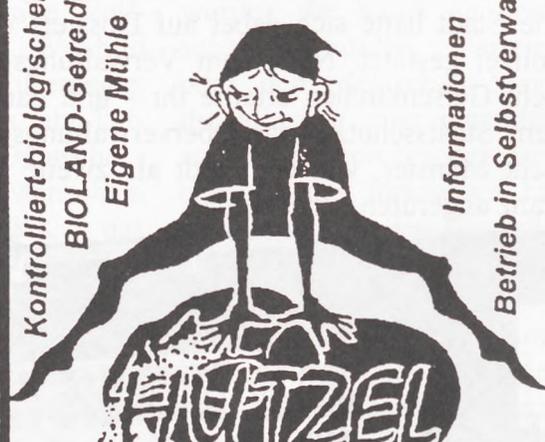
Deutschland. Die kurdischen Musiker verzichteten auf ihre Gage. Kurze Ansprachen hielten Ulla Jelpke (MdB, PDS-Bundestagsgruppe), Yüksel Koc (YEK-KOM) und Rechtsanwalt Roland Meister.

(aus: Antifaschistische Nachrichten, Nr. 25 vom. 8.12.1995)

Anzeige

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
Hattinger Straße 188 44795 Bochum
Tel. 0234/ 450590
FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
 BIOLAND-Getreide
 Eigene Mühle



Informationen
 Betrieb in Selbstverwaltung

Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

SONNENBLUME
NATURKOST

Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau

SPRINGSTR. 2 AM HAUPTBAHNHOF
45657 RECKLINGHAUSEN
TEL.: 02361/13927

Täglich frisches Brot, Gemüse u. Milchprodukte
 Wurst und Fleischwaren aus der Bio- Metzgerei
 Ökologische Weine, Sekt und Säfte
 Naturkosmetik, Haar- und Körperpflegemittel
 Individuelle Beratung zur Vollwerternährung

Öffnungszeiten: Mo - Fr. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ u. 15⁰⁰ - 18³⁰ Uhr
 Sa. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ Uhr

AUFRUF ZUM AUFBAU EINES INTERNATIONALEN AN- TIFASCHISTISCHEN KOMITEES IM RUHRGEBIET

Ende November trafen sich in Dortmund verschiedene ausländische und deutsche revolutionäre, antifaschistische und demokratische Organisationen und berieten über das Ziel, ein internationales antifaschistisches Komitee im Ruhrgebiet aufzubauen.

Ein erstes Ergebnis der Beratungen war, daß in der kommenden Zeit vor allem der Kampf gegen die türkischen Faschisten ein gemeinsames Ziel deutscher und ausländischer AntifaschistInnen sein müsse.

Wir veröffentlichen den ersten gemeinsamen Aufruf.

An die Öffentlichkeit

Die Verfolgung und Ermordung der KurdInnen und der türkischen AntifaschistInnen hat durch die Ermordung des kurdischen Patrioten **Seyfettin Kalan** in **Neumünster** eine neue Dimension erreicht. Am 5. September überfiel eine bewaffnete Bande türkischer Faschisten (Graue Wölfe) eine Gruppe von Kurden. Bei dem Angriff wurde der kurdische Patriot Seyfettin Kalan ermordet und zwei weitere Kurden schwer verletzt. Dieser Angriff der türkischen Faschisten wurde sowohl von der Polizei als auch von der Presse nicht der Wahrheit entsprechend dargestellt. Hier wurden die Kurden wieder als Täter und die türkischen Faschisten als Opfer dargestellt. Als die türkischen Faschisten die Kurden angriffen, zeigte die Polizei diesen gegenüber eine tolerante Haltung. Diese Haltung der deutschen Polizei ermutigte die Faschisten weiter. So wurden selbst die Verletzten, die ins Krankenhaus eingeliefert werden sollten, vor dem Krankenhaus überfallen. Die Bundesregierung ist mit ihrer kurdenfeindlichen Politik eine Mitverursacherin dieser faschistischen Angriffe. Anstatt die rassistisch-faschistischen Organisationen, die eine Gefahr auch für die deutsche Bevölkerung sind, zu verfolgen, kriminalisiert sie die Kurden, die für ihr legitimes Selbstbestimmungsrecht kämpfen. Die Bundesregierung liefert Waffen an die Türkei, mit denen die Kurden verfolgt, ermordet und vertrieben werden. Die auf Profit ausgerichtete Politik der

Bundesregierung brachte sie so weit, daß sie gegenüber den türkischen Faschisten und der Tätigkeit des türkischen Geheimdienstes (MIT) in Deutschland die Augen verschließt. Auf Wunsch der Türkei wurden kurdische und türkische Organisationen verboten, die zum türkischen Faschismus in Opposition stehen. Das tatenlose Zusehen der Polizei in Neumünster ist eine Folge dieser kurdenfeindlichen Politik der Bundesregierung.

Die **Grauen Wölfe**, eine Nebenorganisation der faschistischen türkischen **Nationalen Bewegungspartei (MHP)**, sind ein verlängerter Arm des türkischen Staates, die für viele Massaker an Kurden und an türkischen Revolutionären verantwortlich sind. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die Spezialeinheiten des türkischen Staates, die in Kurdistan das kurdische Volk täglich einem Massaker unterwerfen, völlig aus den Angehörigen der faschistischen MHP bestehen. Auch in Europa, besonders in Deutschland, arbeiten die Grauen Wölfe eng mit dem türkischen Geheimdienst und den Konsulaten zusammen. Der für die Ausschaltung der kurdischen Patrioten und der türkischen revolutionären Kräfte zuständige Geheimdienst (MIT) führt schon seit Anfang der 80er Jahre Morde an Revolutionären durch. Schon im August und November 1980 wurden die Revolutionäre **Katip Saltan** und **Nubar Yalim** vom türkischen Geheimdienst in Bremen und Utrecht ermordet. Auch die legale

Organisation der türkischen Faschisten "Türk Federasyonu" führte im Auftrag des MIT Morde durch.

Die türkische Ministerpräsidentin Tansu Ciller kündigte vor zwei Jahren an, daß "der türkische Staat auch in Europa gegen die Separatisten einen Krieg führen wird". Seit dieser Ankündigung wurden ca. 700 Agenten nach Europa geschickt, um KurdInnen und AntifaschistInnen zu eliminieren. So wurde in London gegen einen türkischen Gewerkschafter, der im Exil lebt, ein Attentat verübt, das er mit Verletzungen überlebte. Auch in Ländern wie Dänemark, Niederlande, Deutschland, Zypern u.v.a. wurden Attentate durch den türkischen Geheimdienst verübt.

Europa ist Kriegsschauplatz des türkischen Geheimdienstes geworden. Die türkischen Konsulate sind in Zentralstellen des türkischen Geheimdienstes verwandelt worden, in denen Spitzel angeworben werden und ständige Treffen mit den türkischen reaktionären Vereinen sowie Moscheen stattfinden, um neue Strategien gegen die KurdInnen und AntifaschistInnen zu entwickeln. Reaktionäre türkischen Vereine und verschiedene Moscheen übernehmen im Kampf gegen die Kurden eine wichtige Rolle. Neben diesen Vereinen pflegt aber der türkische Geheimdienst nach wie vor einen sehr engen Kontakt zu den faschistischen Grauen Wölfen, die in Deutschland als freiwillige Helfer des Geheimdienstes gelten. Die Mordaufträge werden hauptsächlich von diesen Organisationen durchgeführt, um einerseits Provokationen zwischen Kurden und Türken zu erzeugen, andererseits aber auch den Kampf der revolutionären Kräfte zu stoppen. Die Morde an Kurden und Revolutionären werden den gerechten Kampf des kurdischen Volkes und den Kampf der revolutionären Linken nicht zum Stoppen bringen.

Wir rufen alle Menschen auf, wachsam gegenüber den faschistischen Angriffen des türkischen Staates zu sein. Die Türkei exportiert den Krieg nach Europa, der schon im Vorfeld bekämpft werden muß.

Bisher unterstützt von: **YEK-KOM** (Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.),

AGIF (Föderation der ArbeitsmigrantInnen aus der Türkei in Deutschland), **ATIF** (Föderation der Arbeiter aus der Türkei), **Antifaschistischer Bund (AFB) Ruhrgebiet**, **Internationaler Freundschaftsverein (IFV) Recklinghausen**, **Volks- und Kulturhaus Duisburg**, **Kulturzeitschrift TAVIR**, **Antifaschistische Zeitschrift AntifaZ**.

Wenn Sie den Aufbau des Komitees unterstützen oder dabei mitwirken wollen, teilen Sie dies bitte unter folgenden Kontaktadressen mit:

YEK-KOM; Von-Gall-Str. 2, 44807 Bochum; Tel.: 0234/541118; Fax.: 0324/541194

ANTIFA-ZENTRUM RECKLINGHAUSEN; Herner Str. 43, 45657 Recklinghausen, Tel.:02361/21686.

Kurdistan-Rundbrief

Das Bulletin der Kurdistan- Solidaritätsbewegung und des Kurdistan-Komitees

erscheint alle 14 Tage
die aktuellste deutschsprachige Publikation

- berichtet
- aus Kurdistan
 - über die Solidaritätsbewegung
 - von den Kurdenkongressen
 - Dokumente
 - u.v.a.

mindestens 8 Seiten
26mal im Jahr
Jahresabonnement 52,- DM
Buch- und Infoläden bekommen 30% Rabatt, andere Weiterverkäufer bekommen das Heft für 1,-DM pro Stück

Bestellungen an:
GNN-Verlag
Zülpicher Str.7
Postfach 260226
50674 Köln

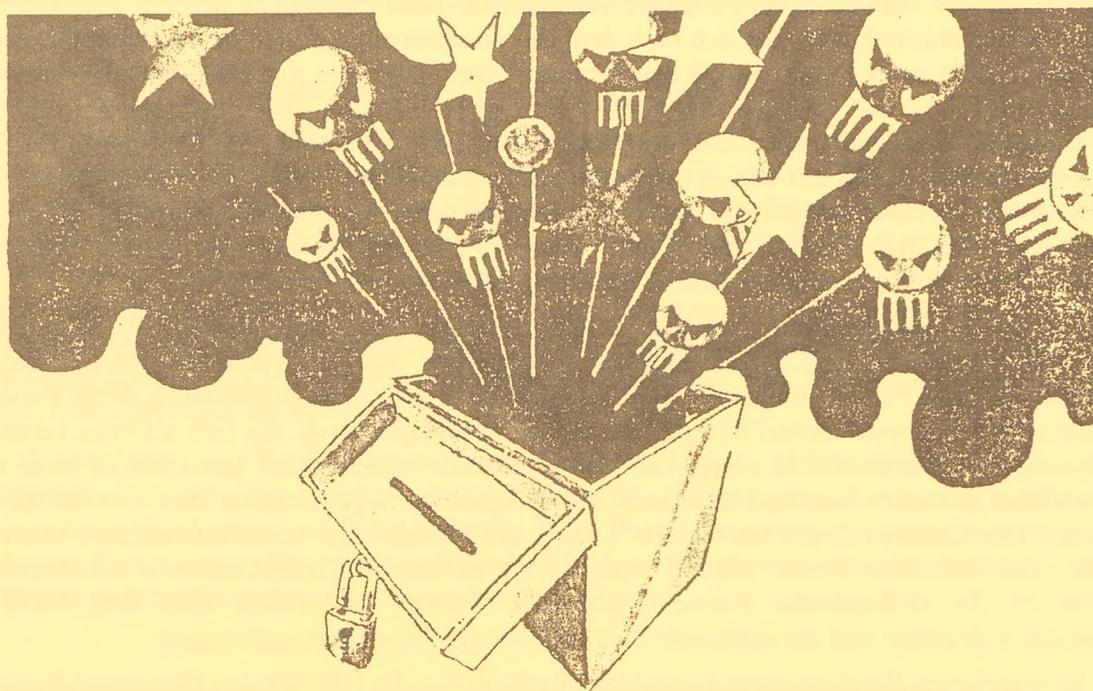
Überweisungen an:
BfG Köln,
BLZ 370 101 11, Konto Nr. 11 44 39 36 00
oder an
Postgiroamt Köln,
BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507.

Hiermit abonniere ich Exemplare des Kurdistan-Rundbrief

.....
.....
.....

Ausschneiden u. schicken an:
GNN-Verlag,
Zülpicher Str.7,
50674 Köln

Die Büchse der Pandora...



BESCHERUNG MIT DEM STIMMZETTEL IN ANKARA

Die Wahlen zum Großen Nationalrat der Türkei (TBMM) am 24.12.1995 (Heiligabend) waren vorgezogene Wahlen. Die Spatzen piffen es bereits von allen Dächern: Die Koalitionsregierung aus Partei des gerechten Weges (DYP), in deutschen Medien als konservativ bezeichnet, und Sozialdemokratischer Volkspartei (SHP) war gescheitert. Ministerpräsidentin Tansu Ciller erhoffte sich für ihre Partei DYP eine Chance, durch die neu entstehenden Mehrheitsverhältnisse im türkischen Parlament eine neue Koalition unter ihrer Führung zustandezubringen, ehe sich im letzten Dorf herumgesprachen hätte, daß die erheblichen Einbußen des Lebensniveaus der breiten Massen ihrer Politik mitzuverdanken sind. Ihre Hoffnung trog.

Auch die **Wahlkampfhilfe durch Helmut Kohl**, bei dem Tansu Ciller kurz vor der Wahl noch zu Gast war und der sich für die **Aufnahme der Türkei in die europäische Zollunion** stark gemacht hatte, konnte ihr da nicht mehr helfen. Erwogen worden war auch, Wahllokale der Türkischen Republik auf deutschem Boden zu errichten. Aber dieser Gedanke wurde schnell verworfen, denn das Potential der in Deutschland lebenden türkischen Staatsangehörigen hätte mit Sicherheit das Ergebnis für die bisherigen Regierungsparteien noch schlechter aussehen lassen.

Die neue Bestückung des Großen Nationalrates der Türkei

Die stärkste Fraktion im neuen TBMM bildet die - hierzulande als islamisch-fundamentalistisch bezeichnete - Wohlfahrtspartei (RP) unter Professor Necmettin Erbakan mit 158 der 550 Sitze (21.3 % der gültigen Stimmen); sie hatte vorher 43 Sitze. Die DYP dagegen kam nur auf 135 Sitze (für 19.2 % der Stimmen); vorher hatte sie 178. An dritter Stelle liegt jetzt mit 132 Sitzen (für 19.6 % der Stimmen) die von Cillers Intimfeind Mesut Yilmaz geführte - von dem verstorbenen Staatspräsidenten Turgut Özal ins Leben gerufene - Mutterlandpartei (ANAP), die sich in ihren politischen Grundsätzen

von der DYP ansonsten so stark unterscheidet wie die CSU von der CDU. Diese Partei, die bis 1991 über die Hälfte der Sitze (275) im Parlament verfügt hatte, hatte bis zum 24.12.1995 über 115 Sitze verfügt. Die Sozialdemokraten, die sich nach dem Zusammenbruch der SHP in der Republikanischen Volkspartei (CHP) unter Deniz Baykal neu formiert hatten, schafften mit Hängen und Würgen die 10%-Hürde (10,7 %) und verfügen jetzt über 49 Sitze (1991 hatte sie - zusammen mit der HEP - 88 Sitze ergattert). Sie sind damit die schwächste Fraktion im neuen TBMM geworden. Der Seiteneinsteiger Baykal, der mit seinem Anspruch auf den Posten des Vorsitzenden vor gut einem Jahr die SHP gespalten hatte und bei der Wiedervereinigung deren Vorsitzender geworden ist, paßt in seinem gelackt-lakaienhaften Gehabe und seiner Denkweise ebenso wenig zur türkischen Sozialdemokratie wie der Politologe Rudolf Scharping zur deutschen.

Noch vor den Sozialdemokraten gelandet ist die Demokratische Linkspartei (DSP) unter Bülent Ecevit, Ministerpräsident 1973, als die türkische Armee einen Teil von Zypern besetzte. Sie erreichte 76 Mandate bei 14,6 % der Stimmen; vorher hatte sie nur 7 Sitze. Die Bezeichnung dieser Partei als demokratische Linke weist darauf hin, daß sie die Kräfte sammeln will, die sich als links verstehen, jedoch nicht revolutionär sind. **In einem vom Imperialismus beherrschten Land jedoch kann man nicht wirklich demokratisch und links sein, ohne zugleich revolutionär zu sein.** Um ein Beispiel zu nennen: Der Kemalist Ecevit hat für die "Lösung der Kurdenfrage" einen rassistischen Vorschlag gemacht: Die türkische Armee solle einfach mitten durch den "amerikanischen Satellitenstaat" (gemeint ist die südkurdische Republik auf dem Boden des Staates Irak) eine Linie im Flachlandbereich ziehen und die aufsässige Bergbevölkerung dazwischen aushungern.

In der kämpferischen Bergbauregion Zonguldak allerdings hat die DSP für den Heimatwahlkreis von Ecevit einen Mann aufgestellt, der als Sozialdemokrat im Kabinett der Ciller-Regierung gesessen hatte und als einziger der Parlamentarier seiner Partei und überhaupt der Koalition seine Zustimmung zum Privatisierungsbeschluß vom April 1995 verweigert hatte und deswegen massiv unter Beschuß geraten war, der kurzzeitige Außenminister Mümtaz Soysal. Das haben ihm die Wahlberechtigten honoriert.

Generell läßt sich feststellen, daß keine Partei allein regieren kann. Denkbar wären vier Modelle, die sich auf eine Mehrheit der Abgeordneten stützen könnten: RP + ANAP (290 Sitze), RP + DYP (293 Sitze), DYP + ANAP + DSP (343 Sitze), DYP + ANAP + CHP (316 Sitze).

Das Abschneiden der erklärten Faschisten

Nicht mehr ins Parlament zog die Partei der nationalen Bewegung (MHP) ein. Sie errang nur 8,2 % der Stimmen. Ihr Vorsitzender, Oberst Alparslan Türkeş, der 1991 mit weiteren 18 Abgeordneten unter der Flagge Nationalistische Arbeitspartei (MCP) in den TBMM eingezogen war, wußte im Wahlkampf während eines gemeinsamen Fernsehauftritts der verschiedenen Parteiführer lediglich zu einem Thema etwas zu sagen: zur "Endlösung der Kurdenfrage". Wem diese jedoch am Herzen lag, sah sie besser aufgehoben bei der bisherigen Regierung, insbesondere bei der DYP, die seit Jahren in der Praxis bewiesen hat, daß sie die Forderungen der Faschisten zu ihrem eigenen Programm gemacht hatte. **Während jedoch Türkeş nur stumpfsinnig verlangen kann, "alles totzumachen, was kurdisch heißt", ist die Waffe des für die DYP aufgestellten Dogan Güres mehr erfolgverheißend und schärfer: "Den Fisch fangen, indem man ihm das Wasser abgräbt."** Das heißt: bei Leugnung der kurdischen Identität möglichst viele Hilfswillige aus dem kurdischen Volk heranziehen.

Dennoch sitzen ehemals zur MHP gehörige Abgeordnete im Parlament: und zwar 15 als Große Einheitspartei (BBP) auf der Liste der ANAP ins Parlament gekommene Abgeordnete, die in westlichen Medien wie der Frankfurter Rundschau als "gemäßigte Islamisten" bezeichnet werden, in Wirklichkeit jedoch eine Abspaltung von der MHP unter dem Führer der ehemaligen faschistischen Jugendorganisation, Muhsin Yazıcıoğlu, darstellen. **Der Yazıcıoğlu-Flügel hatte sich von der Türkeş-Partei getrennt, weil dieser ihm ideologisch zu unbeweglich, d.h. in seinem nationalistischen Stumpfsinn nicht "modern genug", ist.** Nicht gewählt wurde allerdings der für Istanbul aufgestellte Vertreter der BBP auf der ANAP-Liste, Ökkes Sendiller, der seinerzeit als Hauptverantwortlicher für den Massenmord in Kahraman Maras 1978, bei dem über 100 Aleviten und

Demokraten in einer Nacht- und Nebelaktion von Faschisten und Klerikalfaschisten umgebracht worden waren, vor Gericht gestanden hatte, jedoch nicht verurteilt worden war.

Rausschmiß der Vertretung des kurdischen Volkes

Nicht ins Parlament eingerückt ist ebenfalls die Demokratische Partei des Volkes (HADEP), Nachfolgepartei der 1991 mit 25 Sitzen auf der Liste der SHP in den TBMM eingerückten, dann verbotenen Partei der Arbeit des Volkes (HEP) und der später ebenfalls verbotenen Demokratiepartei (DEP). Diese Partei, die auf Parlamentsebene für die Belange der kurdischen Bevölkerung eintritt und im Ruf steht, der parlamentarische Arm der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zu sein, kam im Landesdurchschnitt gerade mal auf 4,1 % der Stimmen (1,2 Millionen Wahlberechtigte); berücksichtigen muß man allerdings dabei, daß bei den Auszählungen besonders viele der ihr zugefallenen Stimmen als ungültig gewertet wurden. Sie hätte auf 2 bis 3 Millionen Stimmen kommen können, aber auch damit die 10-%-Hürde nicht übersprungen.

Viele Kandidaten der HADEP waren außerdem vor allem Abkömmlinge der kurdischen Bourgeoisie, die für die Belange der arbeitenden Massen wenig Interesse aufbrachten. Insbesondere im Westen der Türkei hatte diese Partei daher (auch unter Kurden) kaum Anhänger. Eine Chance könnte diese Partei auf Dauer nur haben, wenn sie auch den Westen der Türkei in ihre politischen Überlegungen einbezöge.

Die im Dezember 1994 mit viel Tamtam gegründete Neue-Demokratie-Bewegung (YDH) unter dem Kapitalisten Cem Boyner schaffte den Sprung ins Parlament ebenso wenig wie die Arbeiterpartei (IP), die von dem Aga aus Cizre, Dogu Perincek, angeführt wurde, der in Zonguldak gerade mal ein Viertel der Stimmen bekam, die er bei der vorherigen Wahl bekommen hatte.

Die Ebbe der Sozialdemokratie

Das schlechte Abschneiden der bisherigen Koalitionspartner ist die Quittung der Wahlberechtigten für die Durchführung des vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und damit faktisch vom ausländischen Großkapital diktierten Programms der Privatisierung zahlreicher bisher staatlicher Betriebe insbesondere auf dem Energiesektor. Das hat die Arbeitslosigkeit drastisch in die Höhe schnellen lassen und zugleich das Niveau der Löhne kräftig gedrückt. **Arbeiterklasse und Werktätige haben 1995 mit der größten Streikwelle seit Bestehen der Türkischen Republik reagiert und dabei zugleich immer wieder die Forderung erhoben, den Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk zu beenden, dessen Kosten erheblich zur Drückung des Lebensniveaus der breiten Massen in der gesamten Türkei beitragen. Die Beendigung dieses auf der Leugnung der kurdischen Identität basierenden Krieges liegt im Interesse sowohl des türkischen als auch des kurdischen Volkes. Diese Tatsache ist bei den gewerkschaftlich geführten Kämpfen immer wieder hervorgehoben worden; diese haben dadurch und durch ihre Forderung nach Rücktritt der Ciller-Regierung einen politischen Charakter erhalten, was zur Verschärfung der innenpolitischen Auseinandersetzung erheblich beigetragen hat.**

Besonders der Sozialdemokratie ist dabei ihre Massenbasis weitgehend weggebrochen, während die ANAP aufgrund populistischer Erklärungen ihres Vorsitzenden Yilmaz über die Berechtigung der Streiks auch unter der Arbeiter- und Werktätigenbevölkerung Stimmenzuwächse für sich verbuchen konnte. Innerhalb des Parlaments sah sich die Regierung Ciller vor die Vertrauensfrage gestellt, weil die anderen im TBMM vertretenen Parteien, allen voran die RP, sich durch populistisches Gerede zu profilieren hofften.

Der Zusammenbruch der Koalitionsregierung unter Tansu Ciller ist denn auch im wesentlichen ein Zusammenbruch der Sozialdemokratie, deren Abgeordnete auf das Wegbrechen ihrer Basis reagieren mußten, und Tansu Ciller suchte daher schon seit längerem andere Koalitionspartner (z.B. die MHP oder auch die Ecevit-Parteigänger). Da die MHP entfällt und DYP und DSP weit davon entfernt sind, mehrheitsfähig zu sein, bliebe nur der Versuch, sich mit der ANAP zu einigen. Das aber

ist ein schwieriges Unterfangen, denn sowohl Ciller als auch Yilmaz beanspruchen den Posten des Ministerpräsidenten für sich selbst. Während Yilmaz das geringfügig bessere prozentuale Abschneiden ins Feld führt, stützt Ciller sich darauf, mehr Direktkandidaten durchgebracht zu haben.

Einzug der "Gladiatoren" ins Parlament - und in die Regierung?

Schon vor der Wahl hatte Ciller unverhüllt mit einer Koalition mit der MHP geliebäugelt. Auf der Liste der DYP sind vor allem einige "im Dienst am Vaterland ergraute" Armee- und Polizeichefs ins Parlament eingezogen, die ebenso gut als MHP-Kandidaten hätten antreten können und deren DYP-Kandidatur deutlich macht, wes Geistes Kind diese Partei ist: Um nur die prominentesten zu erwähnen: der "Vater des Spezialkrieges" gegen das kurdische Volk, langjähriger Generalstabschef und Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates (MGK), Dogan Güres, hauptverantwortlich für die "Politik der verbrannten Erde", der rund 3000 kurdische Siedlungen zum Opfer gefallen sind; ferner der Gouverneur des "Ausnahmestandsgebietes Südost" (Nordkurdistan), Ünal Erkan, hauptverantwortlich für die zahllosen Täter-unbekannt-Morde in diesem Gebiet und besonders für die Massaker während der Newrozfeierlichkeiten 1992; der Polizeichef von Istanbul, Necdet Menzir, der die Verantwortung für die Massaker trägt, nachdem sich nach einem faschistischen Anschlag auf mehrere Lokale im Stadtteil Gazi im April 1995 dort Empörung über die gezielte Untätigkeit der Polizei breitgemacht hatte; auch der Generaldirektor für das gesamte türkische Polizeiwesen, Mehmet Agar, darf nun in den Wandelgängen des türkischen Parlaments als Milletvekili (= Vertreter der Nation) lustwandeln. Diese Polizeichefs sowie der ebenfalls eingerückte Polizeichef von Ankara, Saffet Arkan Bedük, tragen auch die Verantwortung für die mehr als 200 "Verschwundenen" sowie für zahlreiche "tot Festgenommene". Im TBMM sitzt jetzt - ebenfalls über die DYP - der berüchtigte Vorgänger von Ünal Erkan im Amt des Ausnahmestandsgebietsgouverneurs, Hayri Kozackioğlu, der für seine Verdienste beim Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk zum Gouverneur von Istanbul aufstieg. Als ruchbar geworden war, daß er sich aus öffentlichen Geldern privat bereichert hatte, schien seine Stellung zunächst gefährdet, doch gab Demirel persönlich eine Ehrenerklärung für ihn ab, so daß der Skandal vertuscht werden konnte. Mit Leuten dieses Schlages hat es die Ciller-Partei geschafft, ihr Wählerreservoir aus dem Polizeiapparat bei der Stange zu halten und ihren möglichen Bündnispartnern, MHP und ANAP, Stimmen abzujagen.

Gladio für die gesamte Türkei?

Zugleich damit aber sind die Macher des Polizeiterrors und "Spezialkrieges" ins Parlament eingezogen, deren Politik für die beispielhafte Anwendung des NATO-Programms Gladio zur "Herstellung des Friedens" im Lande steht. Zwischen DYP und ANAP zeichnet sich denn auch eine Einigung ab, bei der Dogan Güres als Ministerpräsident gehandelt wird, wobei Ciller und Yilmaz jeweils stellvertretende Ministerpräsidenten werden könnten. Einige der genannten "Altgedienten" würden dann wichtige Ämter (wie der vom Ciller-Koalitionspartner SHP noch vor 9 Monaten heftig beförderte Necdet Menzir etwa das Amt des Innenministers) bekleiden dürfen.

Eine direkte Übernahme der "zivilen" Regierung durch in ihrer Praxis "bewährte" Militärs und Polizeikräfte würde den Nationalen Sicherheitsrat (der bisher im "Ausnahmestandsgebiet Südost" die eigentliche Regierung darstellt) überflüssig machen. Das würde die Möglichkeiten erhöhen, die Armee nicht nur in Kurdistan gegen die aufsässige Bevölkerung, sondern auch im Westen der Türkei gegen Steikende und Betriebsbesetzer einzusetzen, die es bisher unmöglich gemacht haben, die Privatisierung z.B. von Bergwerken und Werften durchzusetzen. Das Privatisierungsprogramm, das seit April 1995 rund 650.000 Arbeitskräfte "freigesetzt" hat, hat es angesichts des rapide gewachsenen Widerstandes der Beschäftigten bisher nicht einmal vermocht, die Hälfte der Staatsbetriebe in Privatunternehmen umzuwandeln.

An dieser Perspektive wird deutlich, warum die deutsche Regierung mit ihrem Eingreifen alles daransetzt, gerade die Ciller-Partei zu unterstützen: Diese stellt für das deutsche Großkapital

den ernsthaftesten Versuch dar, die Türkei zu einer Art Subunternehmen für das Vordringen des deutschen Imperialismus in den Nahen Osten zu machen.

Der Wahlsieger: die Refah Partisi (RP)

Der Wahlsieger aber ist die RP, die von einem islamischen Großreich von Marokko bis Pakistan schwadroniert hatte. Ihr Sieg wurde denn auch von der Islamischen Republik Iran ebenso gefeiert wie von der libanesischen Hisbollah, der palästinensischen Hamas, den ägyptischen Moslembrüdern und der algerischen FIS. Die RP hat sich - wie schon bei den Kommunalwahlen im März 1994 - nicht auf religiöses Eiferertum allein verlassen, sondern mit antiimperialistischer (gegen "westliche Dekadenz" gerichteter) Propaganda Stimmung gemacht und in den Gecekondular (Slumgebiete am Rande der Großstädte) Suppenküchen betrieben sowie an mögliche Wähler "großzügige" Geschenke gemacht (z.B. ein paar Schuhe, von denen der eine Schuh vor, der andere nach der Stimmabgabe "geschenkt" wurde).

Die RP konnte und kann sich auf reiche Spenden aus in Deutschland ansässigen AMGT-Moscheen stützen: diese waren aus Sammlungen für das notleidende bosnische Volk in ihre Kassen geflossen, aber überwiegend dazu verwendet worden, den Kommunalwahlkampf der RP zu finanzieren. Nur zu Demonstrationszwecken war vor laufender Fernsehkamera einem als General verkleideten Bosnier ein dickes Geldpaket übergeben worden, woraufhin dieser öffentlich erklärte, der Betrag entspreche dem Spendenaufkommen. In dieser Sache hatten sogar türkische Staatsanwälte in Deutschland ermittelt, allerdings ohne greifbares Ergebnis.

In Professor Erbakans Adil Düzen (gerechte Ordnung) paßt selbstredend auch der Brandanschlag auf ein Hotel in Sivas im Juli 1993, bei dem 37 Kulturschaffende ums Leben kamen: Erbakan hatte später in Wahlkampfreden diesen Massenmord als Reaktion des Volkes auf die Verletzung seiner heiligsten Gefühle bezeichnet.

Einer der Anwesenden auf dem Kongreß der Kulturschaffenden war der (1995 verstorbene) Verleger Aziz Nesin gewesen, der Salman Rushdies "Satanische Verse" auf türkisch verlegt hatte. Er hatte den Anschlag mit Brandverletzungen überlebt, und ihn wollte später das Staatssicherheitsgericht (DGM) zum Hauptverantwortlichen für den massenhaften Tod dort machen, sah aber angesichts der Entrüstung in der Öffentlichkeit der westlichen Welt davon ab. Die - insgesamt gesehen milde - Verurteilung einiger der Brandstifter hatte wütende Reaktionen bei RP-Führern ausgelöst. Der ehemalige Generalstaatsanwalt, der Nesin vor Gericht bringen wollte, Nusret Demiralp, bewarb sich übrigens als MHP-Kandidat vergeblich um einen Abgeordnetensitz. Sein Sektierertum dürfte die MHP etliche Stimmen gekostet haben.

In westlichen Medien wird vor diesen Kräften die Angst geschürt. Aber Erbakan hatte bereits nach den Komunalwahlen die Botschaft der USA aufgesucht und anschließend sogar eine Wallfahrt nach Washington angetreten, um "Mißverständnissen" vorzubeugen, und auch jetzt ist er rührig dabei, Arbeitgeberverbände und Vertreter des Imperialismus davon zu überzeugen, daß bestimmte von ihm im Wahlkampf gemachte Äußerungen nicht überbewertet werden sollten. Das sei alles nicht so gemeint gewesen. Seine Polemik gegen die europäische Zollunion sei nur wahlkampfbedingt gewesen und dürfe nicht mit seiner Realpolitik verwechselt werden. Schließlich hätten die "Amerikanerin" Ciller (deren Sohn sich - während die "Mutter der Nation" zum tapferen Kampf gegen die "Terroristen, die die Einheit der Nation gefährden", blies - seinen Wehrdienst in Bars und Diskotheken "abgeleistet" hat und wie seine Mutter in den USA studiert) und der "Deutsche" Yilmaz (dessen Familie eine Fabrik in Krefeld besitzt) ihrer Wählerschaft ja auch nicht gesagt, was sie wirklich denken. (Fernsehsender, die das aufgedeckt hatten, wurden vorübergehend mit Sendeverbot "belohnt".) Ein erfreulich offenes Bekenntnis zum Betrug am Wahlvolk, kann man da nur feststellen. Auch das vom IWF diktierte Privatisierungsprogramm soll nun kein "Teufelswerk" mehr sein

Sicherlich ist die RP nicht unfroh darüber, daß Demirel die "bleierne Lady" bis zur Bildung einer mehrheitsfähigen Regierung ins Amt der Ministerpräsidentin zurückberufen hat und diese "Übergangsregierung" nun weitere IWF-diktierte Programmpunkte durchführen muß, die sie bis zur

Wahl hinausgezögert hat: so z.B. die drastische Verteuerung zahlreicher Konsumgüter (von Tabak und Wein bis hin zu Zucker und Salz) um bis zu 100 %. Eine echte Weihnachtsbescherung (hier abzuleiten von "Schere").

Erbakan erwartet natürlich, daß Staatspräsident Süleyman Demirel schließlich ihn mit der Regierungsbildung beauftragt - und dieser wird wohl nicht an diesem Anspruch vorbeigehen können, auch wenn etwa die Neue Zürcher Zeitung in einer Art Schnellschuß schon von einem "Pyrrhussieg der türkischen Islamisten" geredet hat und einer "breiten bürgerlichen Koalition" von ANAP, DYP und DSP entgegensieht. Sowohl ANAP als auch DSP zeigten sich jedoch keineswegs abgeneigt, mit der RP eine Koalition zu bilden; Erbakan ist ja auch kein Unbekannter auf der Regierungsbank - so war er wiederholt stellvertretender Ministerpräsident in Kabinetten unter Demirel und Ecevit und 1978 mitverantwortlich für den Massenmord in Kahraman Maras, der von der Regierung Ecevit damals zur Verhängung des Ausnahmezustandes in zahlreichen kurdischen Provinzen benutzt wurde und damit ein Baustein auf dem Weg zur Militärdiktatur vom 12.09.1980 war (der Putschgeneral Kenan Evren war ein Parteigänger von Ecevit).

Nun, Kommunisten wären gar nicht unzufrieden, wenn der Erbakan-Klüngel Regierungsverantwortung übernehme: **Hat die RP bisher die Korruptheit der Regierenden dazu benutzt, die Wählermassen auf sich selbst zu orientieren, so würde sie ihnen nun die Lehre erteilen müssen, daß sie genauso korrupt ist wie diese, mithin keine wirkliche Alternative für die Massen darstellt, um dem Elend zu entinnen.**

Die HADEP und ihre Möglichkeiten

Wie sah es überhaupt mit der Beteiligung der Kräfte, die sich als revolutionär bezeichnen, am Wahlkampf aus? Die meisten Organisationen dieses Spektrums (seien es nun die Hareketi-Partei MLKP-K und ihre verschiedenen Abspaltungen, die BSP, Schwesterpartei der deutschen VSP, oder Kawa) sowie prominente Intellektuelle (wie der Schriftsteller Yasar Kemal oder der Rechtswissenschaftler Haluk Gerger) hatten auf die HADEP gesetzt; diese konnte jedoch die Erfolge der HEP nicht wiederholen und erreichte in den kurdischen Gebieten im Durchschnitt gerade mal 30 bis 40 % der Stimmen - nur in Diyarbakir kam sie auf 49 %. Während die HEP auf der Liste der SHP ins Parlament einrücken konnte, hatte die HADEP als auf sich selbst gestellte Kraft von vornherein keine Chance, in den TBMM einzuziehen.

Sicher ist das Wählerpotential durch die massenhafte Vertreibungspolitik geschrumpft. Rund 2 Millionen kurdischer Menschen, die allein in den letzten beiden Jahren aus ihren Heimatorten vertrieben wurden und heute in den Gecekondular leben, haben sich überwiegend nicht registrieren lassen (in Diyarbakir beispielsweise wird die Zahl der nicht-registrierten potentiell Wahlberechtigten offiziell auf über 250.000 geschätzt). Aber die anderen Parteien haben in den kurdischen Gebieten inzwischen ebenfalls Fuß gefaßt. In Dersim/Tunceli hatte die HADEP zudem von vornherein "schlechte Karten", da die dortige kurdische Bevölkerung aufgrund schlechter Erfahrungen wenig geneigt ist, sich von der PKK und den von dieser befürworteten Kandidaten vertreten zu lassen. Die Verunglimpfung des hoch angesehenen ehemaligen stellvertretenden Bürgermeisters von Dersim als Verräter und die Ermordung von mehreren TDKP-Mitgliedern im Oktober 1994 sind nicht vergessen.

In anderen Provinzen (wie Hakkari oder Batman) dagegen gab es andere bittere Erfahrungen, die abschreckend wirkten: Mehrere Ortschaften, in denen die Bevölkerung mehrheitlich HADEP gewählt hat, sind von der Armee heimgesucht und viele Menschen dort gefoltert und getötet worden. Bei den Kommunalwahlen waren häufig die kurdischen Kandidaten auch Täter-unbekannt-Morden zum Opfer gefallen.

Wahlboykott?

Zum Wahlboykott riefen - wie seit 20 Jahren - die Devrimci-Sol-Nachfolgepartei DHKP-C und die Anhänger der TIKKO-Partisanen (TKP/ML und ihre verschiedenen Abspaltungen) auf, die jeweils in Konkurrenz zur PKK-Guerilla stehen. **Die vor Jahresfrist als THKP (Volksorganisationspartei der**

Türkei) gegründete Partei unter Dursun Karatas hat sich, um ihren Anspruch, auch für die kurdische Bevölkerung einzutreten, deutlich zu machen, in DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei - Front) umbenannt. Sie weist stolz auf die große Zahl ihrer im Kampf gegen den türkischen Staat gefallenen Mitglieder hin (die fast wie Heilige verehrt werden) und bekennt sich offen zu zahlreichen Brand- und Sprengstoffanschlägen auf Wahllokale und Parteilokale der DYP, ANAP, MHP usw. Dieses Vorgehen entspricht ihrem vorrangig an militärischen Kategorien orientierten Denken, das Außenstehende nur noch in Form der Proselytenmacherei erreichen kann (wie es z.B. studentische Verbindungen auf Keilkneipen zu tun pflegen). Mit ihrem Wahlboykott verzichteten diese Parteien gleichzeitig auf die Möglichkeit, im Wahlkampf die Ziele der Streikbewegung und der Partei der Arbeit zu verfechten oder sich auch nur damit auseinanderzusetzen.

Ob und wie weit der Wahlboykott Beachtung fand, läßt sich kaum feststellen; rund 81 % der Wählerschaft (so viele wie nie zuvor) sind zu den Urnen gegangen, das sind über 29 Millionen (bei einer Gesamtbevölkerung von rund 60 Millionen Menschen laut Fortschreibung bis 1993 der Volkszählung von 1990). Rund 2 Millionen der abgegebenen Stimmen waren ungültig - aber nicht weil die Wahlberechtigten das so wollten, sondern aufgrund von Machenschaften bei denen, die die Stimmen auszuzählen hatten. Die ungültigen Stimmen sind vor allem Stimmen gewesen, die für HADEP und für Einzelkandidaten, die auf keiner Liste standen, abgegeben worden waren; zum nicht geringen Teil handelte es sich um Kandidaten, deren Wahl von der im November 1995 gegründeten, aus der gewerkschaftlichen und Streik-Bewegung erwachsenen Emek Partisi (Partei der Arbeit) empfohlen worden war; diese konnte nicht selbst an den Wahlen teilnehmen, weil ihre Gründung für eine Anmeldung zu den vorgezogenen Wahlen zu spät erfolgt war; in insgesamt 19 Wahlbezirken empfahl sie die Wahl von Einzelkandidaten.

Das allerdings verlangte von den Wahlberechtigten ein hohes Maß an Durchblick: Während man für die Listenwahl einen Zettel mit Aufführung aller Listen erhielt, mit dem man in die Kabine gehen konnte, um dort die Partei seiner Wahl durch einen Stempelaufdruck zu markieren, lagen in einer Reihe von Wahlbezirken Einzelkandidatenwahlzettel in den Kabinen aus, die stattdessen in das Kuvert gesteckt werden konnten, aber nicht gestempelt werden durften. Diese Zettel waren jedoch vielfach von Faschisten unter Ausnutzung der Abschirmungen für die geheime Wahl ungültig gestempelt worden, was die (als einfache Leute mit den Wahlprozeduren wenig vertrauten) Wählenden, die diese abgestempelten Zettel in die Urne steckten, vielfach nicht begriffen. Trotz solcher Fallstricke kamen die von der Emek Partisi empfohlenen Kandidaten auf rund 100.000 gültige Stimmen und hätten wahrscheinlich ein Mehrfaches an Stimmen kriegen können, wäre alles mit rechten Dingen zugegangen. So kamen z.B. in Zonguldak auf 289 gültige Stimmabgaben für den von der Emek Partisi empfohlenen Einzelkandidaten 11.734 ungültige; auch in Ankara waren nur rund 3.700 Stimmen für von ihr empfohlene Einzelkandidaten gültig, über 14.000 jedoch ungültig.

Die Partei der Arbeit: eine Partei neuen Typs

Die (auch von der TDKP unterstützte) **Emek Partisi ist die einzige Partei mit sozialistischem Anspruch in der Türkei, deren seit dem Gründungskommunique vom 22. Oktober 1995 rasch wachsende Zahl an Mitgliedern sich überwiegend aus Arbeitenden, Werktätigen, kämpferischen Gewerkschaftern, führenden Angehörigen von Massenorganisationen und Hausfrauen zusammensetzt. Sie begreift sich als eine Massenpartei von unten, die auf Umwandlung der Gesellschaft in Richtung Demokratie und Sozialismus drängt und die Gleichheit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker der Türkei erkämpfen will.** In ihrem Gründungskommunique heißt es unter anderem:

"Die Partei der Arbeit ist die Massen-Partei der Klasse der Arbeitenden und hat eine revolutionäre Plattform. Daß unsere Partei die Massen-Partei der Arbeitenden ist, heißt nicht, daß die anderen Werktätigen-Klassen sich nicht in dieser Partei finden werden. Im Gegenteil: unsere Partei ist die einzige Möglichkeit für die Befreiung der kurdischen, türkischen und Werktätigen aller Nationalitäten sowie für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, für die Armen der Städte und auf dem Lande, für

die Jugend, deren Zukunftsperspektiven zerstört sind, für die Frauen, die einer Doppelausbeutung ausgesetzt sind. Sie wird versuchen, mit ihrem revolutionären Programm alle diese Kreise zu vereinigen. (...) Wir finden es unverzichtbar, daß unsere Partei von der Gründung an alle positiven materiellen und ideellen Werte unseres Landes sowohl aus der Vergangenheit als auch von heute in sich vereinigen muß. In diesem Sinne rufen wir alle Intellektuellen aus allen Generationen, die sich für die Seite der Arbeit entschieden haben, aufrechte Gewerkschafter, die überzeugend auf der Seite der Klasse (der Arbeitenden) stehen, die Arbeitenden und Werktätigen, die an der Spitze des Kampfes sind, die Jugendlichen, die an der Spitze der Jugendbewegung teilnehmen, werktätige Frauen aus allen Berufen und jeden Alters, die Armen aus den Städten und vom Lande, die Fortschrittlichen, Revolutionäre und Sozialisten aller Nationalitäten auf, sich der Initiative 'Partei der Arbeit' anzuschließen, ihre Kräfte mit unseren zu vereinigen."

KD/MA

RUNDBRIEF 4/95

Verletzung der Frauenrechte durch die chinesische Bevölkerungspolitik ♦ Frauenbilder in den Medien ♦ Medien, Gewalt, Computer ♦ Die künstlerische Auseinandersetzung des amerikanischen Modells Matuschka mit dem Thema Brustkrebs ♦ Weltmarkt Textilien ♦ Diskriminierung von Frauen bei den Olympischen Spielen ♦ Frauenrechte in Tansania zwischen Tradition und Moderne ♦ Genitalverstümmelung ♦ "...Wie ein Krieg" - Dokumentarfilm zur Bevölkerungspolitik am Beispiel Indiens ♦ Frauen im Exil ♦ 25. November: Tag der Gewalt gegen Frauen

TERRE DES FEMMES



ISSN 0946-0373

TERRE DES FEMMES e.V.,
Menschenrechte für die Frau
Postfach 2565, 72015 Tübingen
Telefon 0 70 71/2 42 89

ANTIFASCHISTISCHER BUND (A F B) RUHRGEBIET BERÄT PERSPEKTIVEN ANTIFASCHISTISCHER ARBEIT

Bericht vom AFB-Wochenendseminar am 2. und 3. 12. in Recklinghausen

Nachdem die ordentliche Mitgliederversammlung des AFB am 9.11. die Schwerpunkte und Themen des Seminars festgelegt hatte, berieten die Mitglieder auf einem Wochenendseminar im Antifa-Zentrum Perspektiven antifaschistischer Arbeit. Zwei Schwerpunkte standen auf dem Programm: Für welche gesellschaftliche Zukunft kämpft der AFB und mit welchen Mitteln ist dies zu erreichen? Wie ist die Perspektive eines "internationalen Antifaschismus" weiterzuentwickeln, wie ist der Kampf gegen türkische Faschisten in der BRD zu organisieren.

Für eine freie Gesellschaft ohne Unterdrückung

Schon mehrfach war im AFB diskutiert worden, daß die bisherige politische Plattform zwar sehr ausführlich behandelt, wogegen wir kämpfen, aber die Frage, wofür wir eintreten, zu kurz oder zu allgemein abgehandelt wird. Eine solche Diskussion ist in der Geschichte des antifaschistischen Kampfes in Deutschland nicht neu: Nach 1945 wurde die lange Zeit grundlegende Orientierung durch den "Schwur von Buchenwald" festgelegt, für eine Welt zu kämpfen, in der

die Wurzeln des Faschismus für alle Zeit beseitigt wären. "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg" war das (moralische) Band, daß die AntifaschistInnen, die den Faschismus überlebt hatten, verband. Im weiteren Verlauf der Entwicklung prägte insbesondere die **Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)** die antifaschistische Politik in West-Deutschland. Ohne hier ausführlich auf die Entwicklung dieser Organisation einzugehen, kann festgehalten werden, daß ihre Programmatik nicht den Rahmen des bürgerlich-demokratischen Systems in der BRD verließ, insofern die Perspektive, die **"Wurzeln des Faschismus zu beseitigen"**, kaum Praxis wurde. Nicht zuletzt wegen dieser Begrenztheit, die sich auch in der jahrelang betriebenen Abgrenzung von radikalen antifaschistischen Ansätzen widerspiegelte, wurde die Organisation zunehmend zu einer Vereinigung zur Pflege antifaschistischer Gedenkstätten.

Neue antifaschistische Versuche, einen bundesweiten politischen Konsens herzustellen, der die Entwicklungen im Lande grundlegend kritisierte und eine Perspektive gesellschaftlicher Alternative entwickelte, sind bisher nach wie vor nur in Ansätzen

vorhanden.

Der AFB verstand und versteht sich als Teil einer solchen Diskussion.

Auf dem Wochenendseminar wurden Vorschläge erarbeitet, welche Elemente einer zukünftigen Gesellschaft in einem antifaschistischen Programm auftauchen müßten.

Es wurden genannt die Notwendigkeit der Aufhebung des sozialen Gegensatzes, des gewaltigen Unterschiedes zwischen Arm und Reich, zwischen Besitz und Besitzlosigkeit, die Aufhebung der Ungleichheit von Männern und Frauen, die grundlegende Abschaffung patriarchaler Strukturen in allen gesellschaftlichen Bereichen, reale demokratische Strukturen, in denen tatsächlich die Menschen bestimmen, was in dieser Gesellschaft geschieht, nicht eine bürgerliche Demokratie, in der die Masse der Bevölkerung in Wirklichkeit keinerlei Einflußmöglichkeiten hat, die Abschaffung eines Unterdrückungsapparates, der - wie im bürgerlichen Staat in der Regel der Fall - durch Polizei, Justiz und Militär alle demokratischen Regungen dann unterdrückt und zerschlägt, wenn sie die Interessen der hier Herrschenden tangieren, die Veränderung des "National"-Bewußtseins in Richtung einer offenen, internationalistischen

Gesellschaft, die sich als Teil weltweiter emanzipativer Bestrebungen versteht.

Diese "internationalistische Orientierung" antifaschistischer Arbeit bildete auch den zweiten Schwerpunkt des Seminars. Die Mitglieder informierten sich insbesondere über die historische Entwicklung des türkischen Faschismus, über die Entwicklung des türkischen Staates, über den "Kemalismus", über die aktuelle Lage in der Türkei, über die Situation türkischer und kurdischer Demokraten und Revolutionäre in der BRD, über Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit demokratischen und revolutionären MigrantInnenorganisationen und über die Probleme zwischen diesen einerseits und zwischen ihnen und deutschen antifaschistischen Gruppen andererseits.

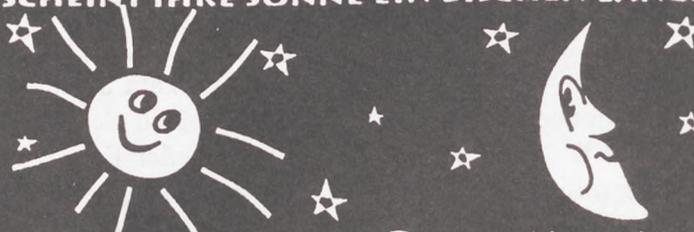
Der AFB begrüßte die Gründung des Internationalen Freundschaftsvereins in Recklinghausen und sichert ihm seine Unterstützung zu, insbesondere im Aufbau einer Solidaritätsbewegung gegen den Verbots-Terror seitens Staat und Polizei.

Zum Abschluß des Seminars wurde über die Nutzung des Antifaschistischen Zentrums in Recklinghausen diskutiert. Hierbei wurden konkrete Vorschläge wie die Einrichtung eines "Cafe International" anstelle des bisherigen "Antifa-Cafes" begrüßt.

WT

Anzeige

MIT EINER
SOLARANLAGE
SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LÄNGER



SWB
Sonne- und Windenergieanlagenbau GmbH
Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
Karl-Hermann-Str. 14
45701 Herten
Telefon 0 23 66 / 4 39 65

Heizungsanlagen
Sanitärinstallationen
Elektroinstallationen

Solaranlagen
Regenwassernutzung
Brennwertkessel

**BUCHLADEN
TARANTA BABU**



- LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
- SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
- SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •
- ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
- MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)
44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 18 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

Attatroll Buchladen

45657 Recklinghausen Herner Str. 16
☎ 02361 / 17002

"Jetzt sind freilich aufgeklärter
Diese Menschen, und sie töten
Nicht einander mehr aus Eifer
Für die himmlischen Interessen. -

Partner der
Büchergilde

Partner der
Büchergilde

"Nein, nicht mehr der fromme Wahn,
Nicht die Schwärmerei, nicht Tollheit,
Sondern Eigennutz und Selbstsucht
Treibe sie jetzt zu Mord und Totschlag.
Heinrich Heine "Atta Troll"

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30 & Sa 9.00-14.00

DAS ÜBER - LEBEN

(UN-) HEIMLICHKEITEN DES NAZIFASCHISMUS

von Achim Schürmann

Teil I

Der Sieg des Faschismus 1933 und die folgenden Erfahrungen mit ihm haben das Menschenbild und alle Hoffnungen der bürgerlichen Aufklärung und Wissenschaft, der Demokraten und der radikalen Linken in Frage gestellt:

Den Menschen als vernunftbegabtes Wesen, dem Guten, Schönen, Wahren zugewandt, oder als klassenbewußtes Wesen, auf Grundlage seines materiellen Leidens und seiner Stellung in der Produktion, dem Kampf um soziale Befreiung zugewandt.

Der Faschismus hat stattdessen eine nachhaltige, an sich völlig unnötige Angst in die (Selbsttätigkeit der) Massen überhaupt und in die Maschinerie installiert. (Auch von daher ist die Massenfeindlichkeit der größeren Teile der DDR-Führung, - der Ulbricht, Honecker & Co - genauso wenig Zufall gewesen, wie es teilweise die bornierte Massen- und Wissenschaftsfeindlichkeit des überwiegenden Teils der BRD-Linken erklärt).

Heil - Heiland - heilen

Es hat sich erwiesen, daß der Hunger nach "Sinn", die Lust

am "Großen" und "Weiten", an Massenselbsterfahrung, an Kampf und Macht, wichtiger waren als die sozialistischen Programme zur Befriedigung des Hungers nach Brot, Kleidung, Wohnung, mit Hilfe der Betätigung des kritisch-analytischen Verstandes, jedenfalls für einen wichtigen Teil der Massen.

Das faschistische Wirtschaftskonzept (sprich: die politischen Ideen zur Befriedigung materieller Bedürfnisse) wurde lt. ihren Fachleuten nicht halbwegs fertiggestellt und hat auch nie eine verführerische Rolle gespielt. Es ging immer um "Hauptsache - irgendwie - weiter voran", um die Überwindung der als "Krankheit" apostrophierten Zustände, um die fundamentale Stabilisierung (un-)seli(g)scher Zustände, die sich in dem Schrei "Heil!" ausdrückten. - die Revolution der verkrüppelten Seelen: Gleiche unter Gleichen sein, Verbotenes tun können, für Gerechtigkeit (im Sinne von rächen) kämpfen, für Erlösung/Freiheit von "Grenzen" - aber ohne revolutionäre Risiken (Strafe von oben), ohne an den überkommenen wirtschaftlichen Beziehungen und an den kranken, neurotischen

Charakterbildungen (also an Ausbeutung und Unterdrückung) rütteln zu müssen.

Voraussetzungen der Nazi-Begeisterung

Hitler betonte: Wer den Nationalsozialismus nur als politische Bewegung versteht, hat fast gar nichts verstanden. Mehr noch als Religion gehe es ihm um neue Menschenschöpfung. Und Albert Speer bekannte viel später - als fast einziger nicht fanatischer und besserungsunfähiger 'Yuppi'-Nazi mit Ministerposition - sinngemäß: "Ich verstand nach '33 nicht, worauf Hitler hinauswollte, bis ich erkannte, es ging um die Neugründung einer Kirche". Und die war neuheidnisch-germanisch-okkultistisch; aber dazu später.

Um eine Lawine, die oben angesprochenen Heilsbewegungen, für eine solche "Kirche", loszutreten zu können, bedurfte es einiger Voraussetzungen, um in der "Kampfzeit" der NSDAP die diversen 'Ewig-zu-kurz-Gekommenen' (als Charaktertypus), 'Verratenen' und die 'an Deutschland Leidenden' einzusammeln zu können.

Zum Verständnis des Faschismus ist wichtig, den großen Einfluß der Nazis, ihre Fähigkeit, Begeisterung

auszulösen, *bevor* die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise spürbar wurden, zu begreifen oder erst einmal überhaupt davon zu wissen. Das gilt auch noch für die Zeit, *bevor* Hitler den legalen Weg über die Massengewinnung durchsetzte: 1923, gerade drei Jahre politisch aktiv, verhandelte er mit Ministern und Generälen, war er 'Führer eines Putsches'

(Wer sich hiervon ein Bild machen möchte, lese 'A. Hitler', eine Biographie von John Toland).

Es ging darum, die fanatischsten und idealistischen Männer mit verschiedenen 'Blickrichtungen' zu vereinigen zu einer Kerntruppe: Großdeutsche, Antiintellektuelle, Antisemiten, Militaristen, Antikommunisten, Sozialisten - egal aus welchen Volksschichten, egal ob Bürger, Arbeiter, Spießler, Schläger oder Student. Doch dies sind allesamt die üblichen politischen oder soziologische Begriffe, die die *Wünsche*, die aus diesen Menschen sprechen, verdecken:

- Es gab genügend Männer, die sich die eigene Zukunft und Herrlichkeit nur mit einer entsprechenden Gesundheit/Größe/Reinigung Deutschlands vorstellen und empfinden konnten.

- Für sie bestand eine unerschütterliche *Gewißheit* (woher diese stammte, dazu später), daß die besonders in den Großstädten sichtbaren Zustände der 'Vermischung', egal ob es um die freie Konkurrenz von Ideen und die Kompromißfindung ging, ob die dort 'unten', das Volk,

per Demokratie zum 'Herrn' werden, oder ob es um die ausländischen Einflüsse, sichtbar z.B. in den sog. 'Fremdrassen', ging, überhaupt sei die ganze 'Gleichmacherei', also auch die von Mann und Frau, nicht richtig, sei 'unnatürlich' und 'blutvergiftend'.

Diese 'Vermischung' (sgefahrt) rühre aus der Internationalisierung der kapitalistischen Entwicklung und habe die dazu gehörende liberale und sozialistisch-marxistische Gedankenwelt und die jüdische Ethik hervorgebracht.

- Deren "Erfindungen", also auch die analytischen Arbeiten über Ursachen, Wirkungen und die künstlerischen, sexuellen und politischen Konsequenzen des Faschismus waren für diese Männer uninteressant, sie empfanden sie als 'Zersetzung des Volkskörpers' und damit allesamt als "reaktionär"; die gesellschaftlichen Zustände somit als 'krank', nicht 'heil' und 'ganz'.

- Die *organische Sprache* verweist auf eine Wahrnehmungsgrundlage, die nicht die äußere Wirklichkeit ist bzw. deren materielle gesellschaftliche Basis, sondern eine besondere, also körperlich-energetische (psychische) Wirklichkeit, die die 'völkische' Beobachtung, den 'Blick' selektiv lenkt. ("Denkt mit dem Blut").

Diese materielle Grundlage ist also das Fundament der 'völkischen' Gewißheit, des fanatischen Geistes und der faschistischen 'Energie'.

Den politischen und klassischen Psycho-Analytikern bleibt nur die altbekannte hilflos-arrogante Feststellung, sie seien halt "Verrückte".

Diese "Verrückten" waren aber auf ihre Weise sehr 'realitätstüchtig', was die Linken noch bitter zu spüren bekamen.

Aus den Befindlichkeiten der Körper soldatisch-patriarchalisch zugerichteter Männer (hierzu sehr aufschlußreich auch Stanley Kubricks Film "Full Metal Jacket" über die Zurichtung der US-Marines) sprechen ihre Wünsche und Ängste. Ihre Rede darf nicht bezogen werden auf einen Begriff der politischen Ökonomie (Wer darüber Einzelheiten wissen möchte, findet sie in dem Buch "Männerphantasien" von Klaus Theweleit). Ihr 'tiefstes, quasi-sexuelles Empfinden ist "deutsch" und hat angesichts der verschiedenen 'Vermischungs'-Zustände und -Reize Angst vorm Ich-Zerfall, Angst vor dem Untergang in die "Massen-Lust (-Seuche)"; um seine "Kultur" (die ständig bedroht ist vom Durchbruch der inneren, lebendigen Masse) zu retten, muß er ständig ums Ü b e r - Leben kämpfen:

Als Mitglied einer 'reinen, höheren Rasse' sagt er von sich, ich bin nicht 'niedere Klasse', nicht Prolet, nicht Weib und Tier. Ich bin ("echter") Mann, hochstehender Einzelner, bin Formation (des kommenden Reiches), einer von Euch, den Oberen,

auf ewig zur Herrschaft, für das Heer, bestimmt.

Unter Masse versteht er u.a. "Schwäche, Häßlichkeit, Angst, Leid und Tod, ewiger Friede, Gleichmacherei"; bei Frauen "Prostitution", bei Männern "Verweiblichung des Willens, Gleichheit und ihr Terror".

Die "Fremdrasse" sei demnach die intensivste Verkörperung der Schrecken der Masse und gleichbedeutend mit "Untergang". In dem als 'Rasse' bezeichneten Zustand seines Körpers ("reinen Blutes") findet er 'Schönheit, Lust, Spiel, Glück, Weisheit, Leben' - so zu finden (lt. "Männerphantasien") in der antirevolutionären Freicorps-Literatur der mordenden Vorboten der SA, angetreten "gegen den Schweinestall".

- Rasse/rassig bedeutet also zunächst eine körperlich-sexuelle Haltung, körperliche Gewißheiten, die die Vorstellung einer klassenlosen Gesellschaft ausschließen: Innen i s t nicht außen, Mann i s t nicht Frau, oben i s t nicht unten, Masse k a n n nicht führen.

Alle Vorstellungen, die in der marxistischen Theorie als befreiende erscheinen, kommen auch in der 'Rassenvermischung' vor: als zu tötende ! Und deshalb darf all dies nicht sein. Somit ist H e r r s c h a f t überlebensnotwendig (= natur-not-wendig), somit m u ß die Mann/Frau-Beziehung eine entgegengesetzte, der Geschlechter-Kampf ein Überlebens-Kampf sein, muß 'unten' eben 'unten' bleiben usf. (Klaus Theweleit).

Daß "das Französische", der "Neger" und der "Jude", der "den Neger an den Rhein bringt", gleichbedeutend für Sexualangst stehen, ist schon seit längerem einem breiten Kreise von Forschern bekannt; aber daß Körperzustände dauerhaft die Wahrnehmung prägen können oder worin die Grundlagen für menschliche Wunschproduktionen/Lust/Sehnsucht überhaupt bestehen, wird von den meisten nach wie vor ignoriert oder in das Reich der "Spinnerei" abgeschoben. Das Material hierfür liegt jedoch zuhauf.

Weitere Voraussetzungen für das Sammeln der 'hochstehenden Einzelnen' (und damit die Voraussetzung für das Lostreten der faschistischen Lawine) waren:

- die Erfahrung soldatisch-männlicher Mittelschichtler, daß die klassisch-Konservativen, die Kaisers und Co, ihre Väter 'es vergeigt' hatten (1918), zu bürgerlich waren/wurden, so daß sie als (überwiegend) "arme und verratene Ritter vom eisernen Besen" die Nation selber verkörpern müßten, um dem Reich zur Wiedergeburt, ihrer Wiedergeburt, zu verhelfen.

"Blutstrom wird brechen den Deich, wie der Blitz aus der Wolk', wieder komme das Reich"

So lautete ein von den REPs in Meerbusch verteilter Text. Da haben wir fast das ganze Programm! Rein-waschen, Ausbruch der "Bewegung", explosive Entladung, von

Oben nach Unten, Wiedergeburt.

Es ist kein Zufall, daß solche Charaktere sich selbst als "Front" fühlen oder als "Sprengstoff" - so in einer der Freicorps-erzählungen (Und in der BRD, aber auch in Frankreich und USA kennt man das Phänomen der einsamen oder "unauffälligen", auch unpolitischen "wandelnden Zeitbomben", die dann mindestens ihre eigene Familie in den Tod reißen; sind sie politisch ausgerichtet, nehmen sie gern an der Masse Rache, wie im Fall der Dortmunder Kaufhaus-Bombe oder auf dem Münchener Oktoberfest (als Rassismus noch nicht wieder 'in' war),

- Schließlich: Mit den St.r.e.i.k.s in der Rüstungsindustrie, der Rebellion unter den Soldaten während des 1. Weltkrieges - übrigens auch auf französischer Seite - und dem folgenden revolutionären Ansturm wurde zumindest einem kleinen Teil der Militaristen und finanzkräftigen Hintermänner und mit diesen in Verbindung stehenden esoterisch-germanisch-antijüdischen Gruppen und "Orden" folgendes klar:

Für einen erneuten großdeutschen Anlauf und für die Vernichtung des Arbeiter-Klassendenkens mußte die Arbeiterschaft selbstgewonnen und eine Art "preußischer Sozialismus" etabliert werden.

Also eine Übertragung des militaristisch-hierarchischen Prinzips auf die übrige Gesellschaft, das jedem nach

seiner 'Eignung' einen 'gerechten Platz' gibt.

Schlüsselfiguren waren General Ludendorff, Freiherr Sebottendorf, der Akademiker und Schriftsteller Dietrich Eckhard, List und Liebenfels, H. Clas, der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, später Alfred Rosenberg, ein Hetzartikel schreibender Exilrusse.

In einem waren diese sich alle einig: Auf das "Judentum" konzentrierte sich schon lange ihr Haß, und sie warteten auf einen geeigneten, "zündenden" Propagandisten. Dabei liegt überhaupt nicht auf der Hand - nach wie vor -, warum bei ihren dringenden und nachvollziehbaren politisch-militärischen Zielen der Wunsch, mit den Juden "aufzuräumen", derartig im Mittelpunkt stand - das war keine "Christusmord-Rache" und keine "Sündenbockfunktion", auch kaum die Lust, ihnen ihre Warenhäuser zu rauben, das paßte einfach nicht zur Lage.

Der größere Teil der Genannten hatte ausgesprochen okkultistische Beziehungen, in Richtung asiatischer Geheimlehren und Satanismus: In dieser Verbindung, und mit der Verbindung zum Totenkopf-Orden SS werde ich (an späterer Stelle) auf den "irrationalen" Judenhaß zurückkommen

(Fortsetzung folgt)

Anzeige

Der Kriminalisierung entgegentreten!

Info - und Solidaritätsveranstaltung
zur
Kriminalisierung der

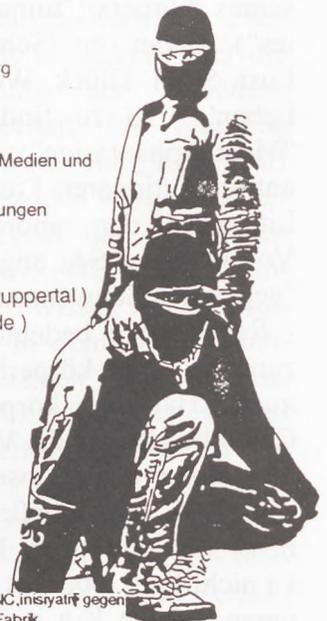
★
radikal

am 9/12/1995 im ASTA Gebäude der Uni Duisburg
Lotharstr.

ab 18 Uhr Veranstaltung mit :

- * Wolf Dieter Vogel (Junge Welt) - Verfolgung linker Medien und
Repression gegen Antifas
- * Soligruppe Münster - zum Stand der Ermittlungen
- * Film - Happy Birthday, Haftbefehl !

ab 21 Uhr Konzert : Staatsinfarkt (Punk aus Wuppertal)
Gau (Punk aus Voerde)
+ special guest
5,-



VeranstalterInnen : Antifa Dinslaken, Antifa Duisburg, DEV-GENC, insyatrie gegen
Rassismus und Faschismus, Der Dienstag in der Fabrik



Kurt-Schumacher-Platz 1a, 44787 Bochum Ein-
gang Hellweg, Tel.: 0234/ 12967

TAGLICH GEOFFNET AB 18.00 UHR

Eine Reise im Winter

Schnee fiel, als wir die neue Schnellbahn befuhren, sie verbindet nun Österreich mit der jungen Republik Slowenien. Eine Alpenrepublik mit dem Willen zum Aufstieg, Habsburger Baustil und postkommunistische Sattelitenwohnsiedlungen reiben aneinander und das Gefühl, daß dieses Land niemals Teil Jugoslawiens war, hier fing der Balkan noch nicht an. Mittags erreichten wir die kroatische Grenze und überfuhren sie in Richtung Rijeka. Das mediterrane sonnige Winterklima verzerrte das Bild der kroatischen Alltagsrealität, dieses Land befindet sich psychisch immer noch im Krieg. Die Menschen machen einen roheren Eindruck, kroatisch-nationale Symbole hingen in jedem Haus, in jedem Geschäft, im Cafe, einfach überall. Soldaten und Polizei prägten das Bild einer Republik, die sich bis zum Sommer noch im akuten Krieg befunden hat. Doch auch in Kroatien hat der Aufschwung in den Metropolen am Meer begonnen, Handel mit Italien und anderen Anrainerstaaten sichert der Bevölkerung an der Küste einen neuen Aufschwung. Die Fahrt ging in Richtung Sibenik, dort waren bereits die ersten Vorauskommandos der deutschen Bundeswehr eingetroffen. Die Küstenstraße, die mein Kollege und ich befuhren, war bis zum Sommer letzten Jahres die einzige Verbindung die Kroatiens Küste mit seinem Hinterland verband, doch durch die Rückeroberung der Krajina durch kroatische Truppen Anfang August wurde sie entlastet. Die serbischen Verbände beschossen mit ihren Raketen Städte an der kroatischen Adria, viele litten unter dauernden Raketenbeschuß aus der Krajina. Zerschossene Häuser in Zadar, Sibenik und Dubrovnik zeugen von der massiven und rücksichtslosen Bombardierung. Auch das kroatische Hinterland ist sehr stark zerstört, unvorstellbar die Ausmaße eines Krieges, der sich jahrelang im Schatten des weltpolitischen Interesses abspielte, erst als die Enklaven Srebrenica und Zepa fielen, Bosniens Hilfeschreie ständigen Sirenen des

Horrors glichen, wurde das Thema Vorspeise auf der politischen Menukarte. 25 Kilometer westlich von Split, im kleinen dalmatinischen Städtchen Trogir, traf ich auf Oberst Blaufuß, er ist militärischer Stellvertreter des Brigadegenerals Dieter Schott, der die Führung des Einsatzes der übrigen deutschen Heeresteile in Kroatien inne hat. Kontrolle von der Heimat über die Soldaten auf dem Balkan übt Oberst Glawatz aus, er untersteht seinerseits dem Verteidigungsminister Volker Rühle. Die deutschen Heeresteile bestehen aus Heeresfliegern, Pionieren, Nachschub- und Instandsetzungstruppen, Fernmeldern und Sicherungskräften. Ein Kontingent übernimmt die erste Hälfte der deutschen Militärpräsenz im ehemaligen Jugoslawien. Ein zweites Kontingent wird dann das erste ablösen und bis zum Ende des NATO-Mandats dort bleiben und abziehen, falls das Mandat nicht verlängert wird. Ohne die Verlängerung, da waren Oberst Blaufuß und ich uns einig, war ein stabiler Frieden auf dem Balkan Illusion. In Sarajevo und Zagreb saßen die wichtigen militärischen Stäbe, in Trogir das deutsch-französische Feldlazarett zur sanitätsdienstlichen Versorgung der NATO-Truppen (IFOR-Truppen: "Implementation FORces"), des weiteren sind deutsche Soldaten in Primosten, einem kleinen Hafenstädtchen bei Sibenik stationiert. Versorgungsdepot und Nachschublager für die NATO-Partner, die Soldaten sollen dort logistische Aufgaben aus dem Großraum Sibenik übernehmen. Aus dem Raum Zadar heraus werden deutsche Heeresflieger Hilfstransporte fliegen, in Benkovac sollen Pioniere Brücken und Straßen instandsetzen. Achthundert Fahrzeuge verlagert die Bundeswehr auf kroatisches Territorium, darunter Hubschrauber und Transport- und Kampfflieger. Die Männer haben alle vorher eine spezielle militärische Ausbildung machen müssen, Training in extremen Lagen sei Pflicht gewesen, so Blaufuß. Der größte

Teil der Bundeswehrkontingente und des Personals in Feldlazaretten und anderen Bundeswehreinrichtungen komme aus dem süddeutschen Raum, aus Bayern und BadenWürttemberg, einen großen Teil stelle aber auch Nordrhein-Westfalen. Bosnien wurde in drei Sektoren zerlegt, in einen britischen, einen französischen und einen amerikanischen Teil. Die Franzosen schickten sofort ihre schlagkräftigsten Garden, die Fremdenlegion. Sie hat sich bereits unter den Serben einen großen Respekt erkämpft, ihre Truppen sorgen seit einigen Wochen für eine verblüffende Ruhe rund um Sarajevo. Bei den serbischen Freischärlern seien sie gefürchtet, so einige junge Kroaten, die ich in Mostar traf und sprach. Die Soldaten in Primosten und Trogir waren in ausgelassener Stimmung, in Gesprächen machten die meisten deutlich, daß sie ihre Mission für eine richtige Entscheidung hielten, sie seien Soldaten und es sei ihr Job, wenn das Volk es wolle, in einem unsicheren Gebiet ihren Dienst zu leisten. Sie schienen alle trotzdem ein wenig verwundert, keine Granaten luden sie ein, im Gegenteil, sonniges mediterranes Klima brachte die meisten in Sonnenstimmung, und das, wo sie meterhoch Schnee erwartet hatten. Die Soldaten wohnten in Containern, das Meer nur einige Schritte entfernt. Die jungen Rekruten machten Gruppenfotos am Meer, lachten und waren gesprächsbereit. Die Situation könne sich schlagartig ändern, so die jungen Männer. Sie seien ebenfalls auf kämpferische Auseinandersetzungen eingestellt. Das bezaubernde Blau des Meeres zerschlug jedoch mit einer Welle alle dunklen Gedanken am Horizont der jungen Soldaten. Der französische Sektor, erklärten mir die Soldaten, habe die schwierigste Aufgabe zu bewältigen. In ihrem Mandatssektor befinden sich Sarajevo und ein anderer brisanter Krisenherd, Mostar. Koschnicks friedensbringende Politik konnte dieser Stadt eine kleine Hoffnung auf Frieden bescheren. Die Amerikaner sitzen in Tuzla, von dort aus koordinieren sie die Besetzung des Nordostens mit US-Truppen, mit ihnen sind dort unter anderem die Russen, sie werden dort den Possavina-Korridor

überwachen. Ein Entgegenkommen gegenüber den Serben kritisieren vor allem viele Skeptiker des Friedensplanes. Von Split aus fuhr ich in Richtung Dubrovnik, die Stadt, die von 1991 bis 1992 acht Monate lang unentwegt von serbisch-montenegrinischen Verbänden beschossen worden ist. In den Hotels der Stadt, die auch von den Bombardierungen gezeichnet waren, bot uns ein sehr netter älterer kroatischer Herr privat bei sich zu Hause eine Schlafmöglichkeit an. Zu Kursen von 25 bis 30 DM pro Nacht oder zum Gegenwert in Kroatischen Kuna bekam man mühelos eine private Unterkunft. Es ist oft der einzige und karge Nebenverdienst, seitdem die Touristen nicht mehr kommen. Wehmütig erinnerte er sich noch an die alten Tage in Dubrovnik, als man allein vom Tourismus gut und ausreichend lebte. Gottseidank, sagte Marko, habe er in den guten Jahren viel auf die Seite gelegt, davon lebten sie gegenwärtig, aber wie lange werden ihre Ersparnisse reichen? Touristen sollten wieder her ins schöne Kroatien, klagte der alte Dalmatiner. Abends im Kreise der Familie zeigte man uns dann Fotos und Filme über die Bombardierung dieser alten Stadt. Filmaufnahmen von Amateurfilmern, die zeigten, wie Dubrovnik mit Napalmbomben der Serben und Montenegriner beschossen wurde. Der Explosionspilz hatte die verräterische gelbe Farbe. Die kroatischen Behörden sehen diesen Vorwurf als erwiesen an, ebenso die Bürger dieser Stadt, die darin einen perversen Akt des Terrors sehen. Auch das Hinterland von Dubrovnik war sehr stark mitgenommen, ehemals besetzte Dörfer glichen denen aus Endzeitfilmen. Dubrovnik und vor allen Dingen seine Altstadt, die Stari Grad, wurde so massiv von schwersten Geschützen beschossen, daß es so gut wie keine Gebäude oder Häuser gibt, die nicht ihre Narben tragen. Aufgrund internationaler Spenden und der starken Bemühungen der Bevölkerung zum Erhalt ihrer Stadt konnte sie in den letzten drei Jahren wieder zum Teil aufgebaut und restauriert werden. Kirchen aus verschiedenen Ländern Europas haben Patenschaften mit Kirchgemeinden in

Dubrovnik übernommen. Die Menschen dieser Stadt sind ein Vorbild für Toleranz, der Nationalismus der im übrigen Kroatien selbstverständlich gelebt wird, hat es in Dubrovnik nicht so leicht, dort wird er von den Einwohnern kritisch hinterfragt. Ein Aufleben der Kultur findet wieder begeisterten Anhang. Vor allem bei der jungen Bevölkerung Dubrovniks, die sich kroatisch versteht, sich aber der alten toleranten Tradition dieser Stadt am Meer bewußt ist. Mostar war die nächste Station der Reise, die durch eine harte Winterlandschaft ging, sobald man die Küstenregion verließ, um Kurs auf Bosnien zu nehmen, ein Land, das uns von schneebedeckten hohen Bergen der dalmatinischen Alpen in die fruchtbare Herzegowina führte. Mit deutschen Pässen war uns die Fahrt erleichtert. Wir passierten die kroatische Grenzstadt Imotski und gelangten dann an einen Grenzübergang in die Republik Bosnien-Herzegowina. Ein kroatischer Grenzpolizist winkte uns sehr freundlich zu, sah unser deutsches Nummernschild, betonte überfreundlich: "Deutschland super, Genscher super!" und ließ uns, ohne die Pässe näher zu kontrollieren, fahren. Einen bosnischen Amtskollegen auf der anderen Seite gab es nicht, schließlich war ein paar Meter weiter wieder kroatisch kontrolliertes Gebiet, die Ausmaße der Kriegszerstörung schienen mir so gravierend, wie ich es noch nicht gesehen hatte: zerboimte Häuser, zerstörte Brücken und Straßen, das waren Motive wie ich sie laufend fotografierte, auf einmal reiste man in einer anderen Welt, Menschen mit verrohtem Ausdruck in den Gesichtern, große frisch ausgehobene Friedhöfe, zerstörte Gotteshäuser und in Ruinen spielende süße Kinder. Mostar liegt in einem Tal, umringt von mächtigen Bergen, die Neretva sucht sich wie eine starke Schlange den Weg an den Bergfüßen vorbei, die einem unbezwingbar erscheinen. Der Fluß teilt die alte und geschichtsträchtige Stadt in den moslemischen Ostteil und den katholisch-kroatischen Westteil. Dort kam es zur Tragödie, als die zuvor Verbündeten zu grausamen Feinden wurden, als Granaten

einschlugen und alles zerstörten, als die ersten Morde begangen wurden, als die ersten Mädchen und Frauen vergewaltigt wurden, als auf einmal nur noch der blanke Haß lebte, da wurde die Trennung zwischen Kroaten und Moslems besiegelt. Jeder weiß, wer seine Familienangehörigen getötet, gefoltert oder vergewaltigt hat. Es ist kein anonymen Krieg gewesen, wie einst Deutschland und Frankreich ihn gegeneinander geführt haben. Wie uns ein Kroat sagte, ständen noch viele Rechnungen offen. Jeder besitze eine Liste mit Namen, die nun Gejagten seien schon praktisch tot, nur noch Namen auf einer Liste. Im Laufe des Frühjahrs sollen die Checkpoints zwischen Ost- und Westteil allmählich geöffnet werden, sagte Koschnick in einem Interview. Mostar stehe unter europäischer Verwaltung, doch auch dort ähnlich dem NATO-Einsatz, bis das Mandat abläuft. Die Entscheidung darüber liegt bei den Kroaten, die militärisch dem moslemischen Ostteil völlig überlegen sind. In Kriegszeiten schossen die Kroaten mit schwersten Waffen in den Ostteil, die Moslems waren von Kroaten und Serben eingeschlossen und wurden auch gleichzeitig von ihnen beschossen. Es soll lokale Absprachen zwischen Serben und Kroaten gegeben haben, der Ostteil wurde in Grund und Boden gebombt. Eine Kroat Dubrovniks schaute bitter in sein Glas und sagte: "I'm ashamed what we Croats did here in Mostar." Deutsche Polizisten hat Koschnick mitgebracht. Umgeben von Sicherheitsleuten, organisiert er den Wiederaufbau Mostars. Einem Anschlag - Kroaten sollen ihn begangen haben - konnte er entgehen. Europas Länder stellten umgehend Polizisten für Koschnicks Projekt für den Frieden, gemeinsam mit einheimischen Polizisten beider Bevölkerungsgruppen kontrolliert er den Waffenstillstand in der Stadt, auf den sich beide Seiten geeinigt haben. Die bedrängten Moslems unterstützen die Verlängerung des Mandats, doch die Kroaten zögern noch... Mostars berühmte alte orientalische Brücke wurde von kroatischen Einheiten zerstört, das war ein moralischer Wendepunkt im

kroatisch-moslemischen Konflikt, die Kroaten galten von nun an nicht mehr als Angegriffene, sondern als Aggressoren, die dadurch weltweit ihre eigene Glaubwürdigkeit verloren haben. Die Menschen aus dem Westteil verstehen sich als letzte katholische Bastion gegen den Islam. Eine Verteufelung der moslemischen Bevölkerung fand auch hier breiten Anschluß in der Bevölkerung. Doch Mostar und die Vorgänge der Zusammenarbeit mit den Serben spalteten die Kroaten in einen national-orientierten und demokratisch gesinnten Flügel. Das Leben im moslemischen Ostteil glich einer schlimmen Tragödie. Strom und Wasser brachte Koschnick in den armen Stadtteil von Mostar, auch wenn nur für einige Stunden. Der Westteil ist insgesamt gut erhalten. Ampeln und frischgestrichene Straßen zeugen von einkehrender Stabilität unter den Kroaten Bosniens, sie bestimmen nun die Geschicke und nicht die Moslems. Kalender mit Karten Großkroatiens und Abbildungen des Ustascha-Führeres Ante Pavelic standen in vielen Kiosken zum Verkauf. Am Heiligen Abend peitschten Kroaten und Moslems Warnschüsse in den Himmel, die Botschaft der Kugeln verstand jeder... Sarajevo sei sicher, versicherten uns Organisationen und Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes in Mostar, keine serbischen Checkpoints mehr, trotzdem solle man sehr vorsichtig sein. Mit dieser Information fuhren wir in Richtung Sarajevo. Die gefürchteten "Snypers" (Scharfschützen) schossen immer noch, zwar nicht mehr "auf jeden Kopf", schmunzelte ein Sicherheitsbeamter im Hotel "Ero", der Ort, in dem eine Granate den ehemaligen Bremer Bürgermeister Koschnick tödlich treffen sollte. Die Detonation der Bombe zerriß einen nichtbewohnten Flügel im Hotel und verfehlte gottseidank ihr Ziel. "Ich dacht' erst, das war's mit meinem Glück", so ein Sicherheitsbeamter. In einem Konvoi, den französische Fremdelegionäre absicherten, fuhren wir durch den serbischen Ring rund um Sarajevo. Dschewat, ein bosnischer Moslem aus Sarajevo, fuhr mit uns mit, aufgeregt teilte er uns mit, daß er während der letzten Kriegsjahre eine Schachtel

Zigaretten pro Stunde geraucht habe, um die Angst erträglicher zu machen. Als er eine Kirche sah, sagte er uns immer wieder: "Dobro!" (gut!), doch die Moscheen der Moslems wurden alle zerstört. Sein Haus, für das er jahrelang geschuftet hatte, lag als Skelett am Straßenrand, wilde Pflanzen verschleierten den Schmerz und machten Gräber ansehnlich. Bitteren Wein hatte er schon so oft trinken müssen... Die Menschen und Soldaten in Sarajevo sammelten die Autowracks von Bomben getroffener Wagen und zogen sie an Drahtseilen hoch. Diese Autos bildeten meterlange freihängende Mauern, und hinter ihnen begann die Endzeit. Die Straßenbahn der Stadt nimmt langsam wieder ihren Betrieb auf. Zerschossen fuhr sie krächzend und stöhnend Meter um Meter. Menschen saßen nicht in den Bänken der Straßenbahnen sondern nur Inspektionspersonal. Legionäre Frankreichs, die von den Menschen Sarajevos als Befreier gefeiert werden sicherten die Straßen in und rund um Sarajevo. Ein Besuch beim deutschen Fernsehen in Sarajevo zeigte mir, unter was für Umständen die Journalisten gemeinsam mit bosnischen Kollegen versuchen, einem Fernseh- und Radioprogramm Leben zu geben. Die Menschen Sarajevos waren sehr freundlich, doch man merkte in Gesprächen, daß viele von Ihnen zwischendurch gedanklich in eine andere Welt glitten, vieles mußten die Menschen Bosniens erleiden, der Schrecken wiederholte oft seine Aufführungen in den Köpfen der Menschen. Sarajevos Bewohner sind froh über den Frieden, welchen Preis sie zahlen mußten, damit die Waffen ihrer Peiniger endlich von ihnen abließen, wollen sie nicht hören und schon gar nicht von uns... Dschewat jubelte, als wir mit dem Konvoi Sarajevo erreichen, "Endlich Frieden, endlich hören die Granaten auf", eine Freude inmitten der zerstörtesten Stadt des gegenwärtigen Europa, ein Lachen eines Opfers, das mir noch unverstanden bleiben sollte... Die Menschen eingesperrt wie Tiere, im Stich gelassen, getötet, gedemütigt und zuletzt begafft, mit diesem Eindruck verließ ich Sarajevo...

Aleksandar Gjok Berisha

Kleinbürgertum und der alltägliche Faschismus - welche Rolle spielen die Medien?

Es bedarf immer eines konkreten Anlasses, der die Fassade einer durchschnittlichen guten deutschen Kleinstadt ("wir haben aus unserer Vergangenheit gelernt, sind tolerant und weltoffen") aufbrechen läßt und das ganze versteckte faschistoide Potential zum Vorschein bringt. So auch in Dorsten. Zunächst stand die weitere Verwendung des freigewordenen Landeserziehungsheims an. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe wollte hier eine forensische Klinik ansiedeln. Die Presse brachte dieses Thema sofort groß heraus - neben der Kartoffelernte haben sie sonst auch wenig zu berichten. Die braven BürgerInnen reagierten hierauf ohne Verzögerung. Es wurde eine Bürger-Initiative gegründet, die sich inzwischen in einen Verein umgewandelt hat. Mensch war verblüfft über die Schnelligkeit und Aufdringlichkeit, mit der in nahezu allen Geschäften, Praxen und sonstwo Unterschriften gegen die Klinik gesammelt wurden. Es kam zu BürgerInnenversammlungen, in denen sich die Stimmung hochpeitschte, Angst verbreitet wurde ("Wer schützt unsere Frauen und Kinder?") und auf denen alle Ratsfraktionen - inklusive

der Grünen - die Klinik ablehnten. Plakate hingen überall, die in unangenehmer Weise "an früher" erinnerten. Vor einer Informationsveranstaltung, zu der Vertreter des Landschaftsverbandes eingeladen wurden, wurden rote Karten verteilt, die ihren Sinn nicht verfehlten. Eine sachliche Veranstaltung, die Vorurteile und Ängste hätte abbauen können, war so nicht mehr möglich. Ist diese Fassade einmal aufgebrochen, tun sich für den fortschrittlich denkenden Menschen Abgründe auf. Denn diese eventuelle Ansiedlung der forensischen Klinik und die hohen Wellen, die dies schlug, waren nur das Vorspiel: sozusagen ein Test über die Stimmung in der Bevölkerung. Oder ist es Zufall, daß wenig später - fast zeitgleich - über die "Umwidmung von Aussiedler- zu Asylbewerberheimen" in einem anderen Stadtteil "nachgedacht" wird und der zuständige SPD-Ortsverein von "Überfremdung" spricht? Auch hier wurde die Gründung einer Initiative - die inzwischen erfolgte - angeregt. Dies ausgerechnet in einem Stadtteil, der vom Bergbau und Zusammenleben verschiedener Nationen geprägt ist. Auch hier wird also wieder zwischen "guten"

und "schlechten" AusländerInnen unterschieden. Die einen leben seit Generationen hier und sind "eingedeutscht", die anderen brauchen heute unsere konkrete Hilfe und "gefährden uns durch Überfremdung". Als letzter Höhepunkt wurde die Diskussion in Gang gesetzt, in einem dritten - ländlichen - Stadtteil AsylbewerberInnen unterzubringen. Zu einer sogenannten Informationsveranstaltung kamen 130 BürgerInnen - nahezu das ganze Dorf. Mit Hilfe eines Flugblattes wurden die BürgerInnen bereits im Vorfeld "informiert". Es hieß hier wörtlich: "Massenunterbringung von Asylbewerbern mitten in unserem Dorf? Haben uns Politiker und Verwaltung vorsätzlich getäuscht? Warum Asylanten statt Aussiedler nach Rheda?" Werner Niermann (CDU) sagte im Verlauf dieser Veranstaltung, seine Partei werde "der Unterbringung von Asylanten nie zustimmen". Laut WAZ sei bei Versammlungsende auch der letzte Rhedaer von der Notwendigkeit einer Bürgerinitiative überzeugt. Vertreten wird diese in Zukunft von folgenden Personen: Volker Confere, Stefan Finke, Irmgard Hellmond, Karl Höffkes,

Karl-Joachim Leicht, Helmut Mertens, Josef Schulte und Friedrich Steffens.

Zeitgleich eine kleine Notiz in der WAZ: "Brandstiftung. Beim Brand im Keller eines Asylbewerberheims wurden zwei Erwachsene und zwei Kinder mit Verdacht auf Rauchvergiftung ins Krankenhaus gebracht. Nach ersten Feststellungen wurde im Waschkeller eine Matratze angezündet, die dann zwei Waschmaschinen in Brand setzte. Ein fremdenfeindlicher Hintergrund liegt nicht vor." Na dann ...

In diesen Zeiten erhielten unsere braven BürgerInnen viel Gelegenheit, sich in der örtlichen Presse zu artikulieren.

LeserInnenbriefe waren mit Überschriften wie "Nur bedingt rechtsextrem", "Vertrauen enttäuscht" usw. überschrieben. In dieser Leser- und BürgerInnenmeinung läuft mir ein kalter Schauer über den Rücken, wenn ich u.a. folgende Zitate lese:

"... Die meisten davon kommen nicht etwa, weil sie politisch verfolgt werden, sondern weil es sich in der ganzen Welt herumgesprochen hat, wie gut und bequem es sich bei uns leben läßt. Ein Teil davon, die schlimmste Sorte, lebt von der Kriminalität, ein anderer Teil auf Kosten der Allgemeinheit von Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe. Der Rest, dies ist die überwiegende Zahl, sucht sich eine Arbeit, um zu leben. Letzteres ist gut, läßt

sich aber mit der These, daß Ausländer keine Arbeitsplätze wegnehmen, nicht in Einklang bringen. Der Öffentlichkeit wird vorgespielt, es handle sich hierbei um Arbeiten, die keinem Deutschen mehr zuzumuten wären. Das stimmt aber auch nur zum Teil, es gehen auch bessere Arbeitsplätze verloren. ..." "Es bedarf ausschließlich eindeutig einer völligen Neugestaltung der örtlichen Parteienlandschaft, um endlich wieder Politiker zu haben, die das in sie gesetzte Vertrauen auch rechtfertigen. ..."

"Ausgerechnet an dem meist frequentierten Punkt unseres Dorfes - Dorfeingang, Kirche, Grundschule, Friedhof, Ehrenmal, Turnhalle usw. - will die Verwaltung ein Heim für angeblich mehr als 80 Asylanten einrichten. ..."

Antifaschistische LeserInnenbriefe werden, sofern sie denn überhaupt abgedruckt werden, sofort von unseren "rechtschaffenen BürgerInnen" beantwortet und mit Überschriften wie "Meinung extrem linkslastig" versehen. Eine weitere, hitzig geführte BürgerInnenversammlung brachte die überraschende Wende in den örtlichen Medien. Plötzlich kam der AusländerInnenbeirat

zu Wort. Unser Graf stellte Unterkünfte für Kriegsflüchtlinge zur Verfügung ("... aus Bosnien, weil die in diesem Jahr wieder weg sind" - aber immerhin). Rassistische LeserInnenbriefe werden nicht mehr abgedruckt. Das AsylbewerberInnenheim, gegen das sich der SPD-Ortsverein aussprach (die zweite Initiative, die sich gründete), wurde inzwischen bezogen. Auch im ehemaligen Landeserziehungsheim - zunächst geplanter Standort für die forensische Klinik - sollen nun AsylbewerberInnen untergebracht werden. Laut WAZ werden nun von seiten der Stadt noch weitere zusätzliche Unterkünfte für AsylbewerberInnen geprüft.

sr

Anzeige



Ché Coolala

Ché Coolala

LIVE-MUSIK-PROGRAMM • KNEIPE • RESTAURANT • DISCO • BIERGARTEN

Heyden-Rynsch-Straße 2 • 4600 Dortmund 1
Tel.: 0231 / 1781 45 • Fax: 0231 / 178347

KEINE FEINDSCHAFT ZWISCHEN TÜRKEN UND KURDEN!

Der kurdische Verein Hevalti (= Freundschaft)* veranstaltete am 15. Dezember 1995 in der Volkshochschule in Recklinghausen eine Podiumsdiskussion.

Die Teilnehmer auf dem Podium des Friedens- und Freundschaftsgesprächs waren Cem Özdemir (Bundestagsabgeordneter für Bündnis 90/Die Grünen), Kemal Uzun (ehemaliger Generalsekretär der türkischen Lehrgewerkschaft TÖB-DER), und Mehmet Bayrak (Geisteswissenschaftler und Schriftsteller).

Auf der Veranstaltung, an der etwa 100 Menschen teilnahmen, sagte Cem Özdemir zu Anfang, es sei ein Fehler, daß die Türkei in die Zollunion aufgenommen worden sei. Das Europaparlament müsse nach den (auf den 24.12.1995 angesetzten)* Wahlen Druck auf die Türkische Republik ausüben, wenn den Kurden nicht einige Rechte eingeräumt würden. Er sei zwar dafür, daß die Türkei in die Europäische Union aufgenommen werde, vorher aber müsse eine Lösung für die anstehenden Probleme gefunden werden. Es sei nötig, daß die Türkei zu den Aussagen stehe, die sie im Zusammenhang mit dem Eintritt in die Zollunion gemacht habe. Die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) dürfe nicht als terroristische Organisation betrachtet werden, sondern müsse als eine Vertreterin des kurdischen Volkes angesehen werden. Notwendig sei eine Wahl, bei der das Volk von seinem Stimmrecht frei Gebrauch machen könne, ohne eingeschüchtert und unterdrückt zu werden. Das

Resultat einer solchen Wahl müsse anerkannt werden, unabhängig davon, wie das Ergebnis aussehe. Das Volk müsse entscheiden. Der einseitige Waffenstillstand, den die PKK ausgerufen hat, sei ein guter Schritt, sagte Özdemir. Er erwarte, daß der Waffenstillstand auch nach der Wahl eingehalten werde. So könne ein Frieden zwischen Türken und Kurden gesichert werden.

In diesem Zusammenhang richtete ein kurdischer Patriot an Özdemir die Frage: *"Was wäre Eure Haltung gegenüber der türkischen Regierung, wenn die Türkische Republik auf diesen einseitigen Waffenstillstand keine positive Reaktion zeigt?"* Die Antwort von Özdemir (als Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen)* lautete: *"Wir werden die Angelegenheit genau verfolgen. Es liegen schon einige Erklärungen von Mesut Yilmaz (Generalsekretär der Mutterlandspartei ANAP)* vor. Wenn die Türkei nicht auf den Waffenstillstand antwortet, werden wir natürlich mit demokratischen*

Mitteln Druck auf die Türkei ausüben."

Der Beitrag von Mehmet Bayrak: Die Kurden leben seit 4000 Jahren in diesen Gebieten. Die Türken kamen in 11. Jahrhundert, um sich dort anzusiedeln und Anatolien zu ihrer Heimat zu machen. Die Kurden ließen die Landnahme zu, und es bildete sich ein Staatsvolk heraus. Daß diese Gebiete (in denen der Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk geführt wird)* kurdische Gebiete sind, hat Mustafa Kemal (Atatürk)* anerkannt und auch schriftlich bestätigt. In den Protokollen von Erzurum, Sivas und Amasiya wurde festgelegt, daß die beiden Völker sich in wechselseitiger Achtung gegenseitig versichern, ihre jeweiligen rassischen, kulturellen und sozialen Grundlagen zu respektieren. Wenn man die Existenz dieser Abmachungen leugne (wie es die Kemalisten bis heute tun)*, werde diese Leugnung das wahre Problem. Es sei nicht gut, daß die Türken den Kurden ihre Rechte rauben. Die Kurden müßten sich gemäß ihrer Identität organisieren

können, müßten kurdisch denken, lesen, schreiben und sprechen dürfen. Mehmet Bayrak erinnerte daran, daß Kurden schnell als Terroristen bezeichnet werden, wenn sie politisch aktiv werden. Der wirkliche Terror werde aber von anderen ausgeübt.

Kemal Uzun
(Kurz wiedergabe)*: *"Früher habe ich auch alle Lügen und Geschichten geglaubt. Bis vor 25 Jahren wußte ich nichts über die Kurden. Wie sollte ich auch? Mir wurde gesagt: 'Du bist Lehrer. Geh und halte Deinen Unterricht ab. Sag, daß es keine Kurden gibt!' Wie hätte ich von den Erzurum Sivas-Protokollen erfahren sollen? Es ist wichtig zu wissen, was die türkischen Intellektuellen im Kopf haben. In Hamburg nahm ich an einem Kongreß teil, und dabei wurde (mir)* klar, warum die 37 Menschen in Sivas ermordet wurden.** Die 37 wurden ermordet, weil (auch)* ich 25 Jahre lang meine Augen geschlossen hatte, weil es auch heute noch Politiker gibt, die die kurdische Existenz, die Abkommen von Erzurum und Sivas leugnen. Die Schuld haben diejenigen, welche die Kurden ihrer Rechte berauben, nicht etwa diejenigen, die ihre Rechte einfordern. Man muß sich auf die Seite derjenigen stellen, die das Recht auf ihrer Seite haben."*

Der Vertreter von
KOMKAR, **Hüseyin**
Öztürk, seinerseits

unterstrich, daß das ganze Kurden/Türken-Problem eine Frage der Demokratie sei. Solange für die Kurdenfrage keine Lösung gefunden werde, gebe es keine Demokratie für die Türkei. Die Türkei müsse ihre falsche Politik aufgeben, nur so lasse sich das Problem lösen.

Bülent Ulurak
(Übersetzer: Eckhardt
Dieckerhoff)

*) Hinweis bzw. sinngemäße Ergänzung durch die Redaktion.

) Am 2. Juli 1993 wurde in Sivas ein Hotel in Brand gesetzt, in dem sich Kulturschaffende aus der Türkei zu einem Kongreß versammelt hatten. Einer der Teilnehmer war auch der (inzwischen verstorbene) Verleger und Schriftsteller **Aziz Nesin, der die "Satanischen Verse" von **Salman Rushdie** auf

türkisch verlegt hat. Der von islamischen Klerikalfaschisten verübte Anschlag sollte vor allem ihn treffen. Er überlebte jedoch mit Brandverletzungen. Das Geschehen wurde in einem Fernsehfilm festgehalten, der weltweit Aufsehen erregte. In einem späteren Verfahren sollte zunächst Nesin für die Tat verantwortlich gemacht werden, ehe dafür einige der Täter (längst nicht alle, die auf dem Fernsehfilm als Täter in Erscheinung getreten waren) verurteilt wurden. In die von dem Führer der (bei der Wahl vom 24.12.1995 siegreichen) klerikalfaschistischen Refah Partisi, Professor **Necmettin Erbakan**, propagierte Adil Düzen (= gerechte Ordnung) paßt der Anschlag: Während des Kommunalwahlkampfes vom März 1995 hatte er ihn unter großem Jubel seiner Anhänger als Reaktion des Volkes auf eine Verletzung seiner heiligsten Gefühle gerechtfertigt.

Aus der Türkei Aus Türkei-Kurdistan Aus der BRD

Tatsachen

Zeitschrift der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V. (DIDF)

2monatige Zeitschrift der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine a.d. Türkei i.d. BRD e.V. (DIDF)

Beiträge zu den Themen
-AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus
-Probleme der Antifa-Arbeit
-Berichte und Analysen über die Entwicklung in der Türkei und Kurdistan
-aus den Gefängnissen in der Türkei und Türkei-Kurdistan
-kulturelle Aktivitäten
-Internationale Solidarität

Einzelpreis: DM 2,50 + Porto
Abonnenntenbedingungen:
10 Nummern 20,- DM + Porto
20 Nummern 40,- DM + Porto

Zu bestellen bei:
DIDF
Jägerstr. 77
47166 Duisburg

Wir wollen Freiheit!

Ein Blick in die Geschichte des Mittleren Ostens zeigt, daß wir, das kurdische Volk, länger als alle anderen dort ansässig sind. Nach dem 1. und 2. Weltkrieg wurde Kurdistan und das kurdische Volk geteilt. Wir litten unter einer Politik der Vertreibung, des Raubes und der Assimilation. Nach der Gründung der Türkischen Republik bemühte man sich noch stärker darum, uns systematisch zu vernichten.

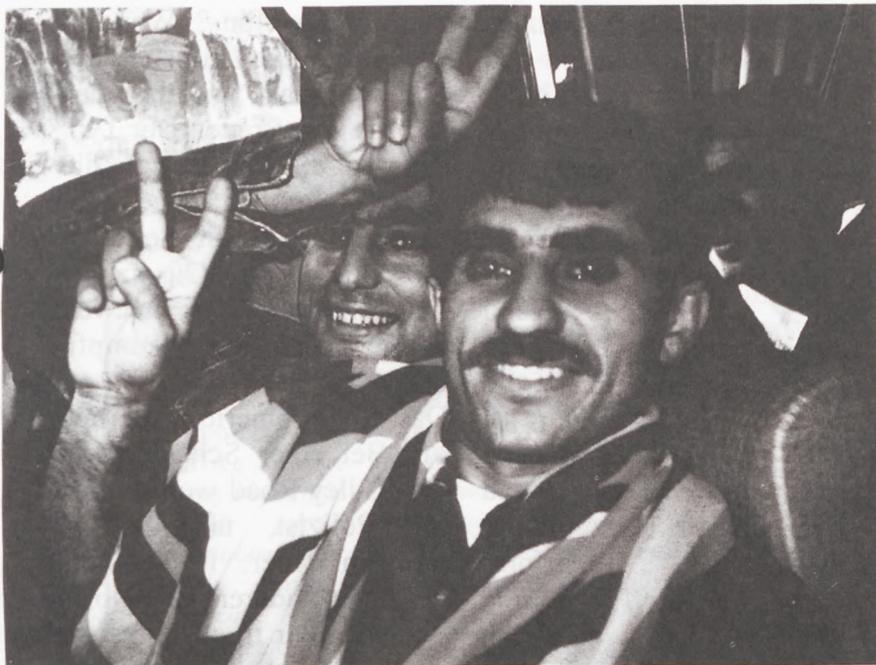
Zur Gründung der Türkischen Republik hat das

über unsere Rechte sprechen, ja wir dürfen noch nicht einmal unsere eigene Muttersprache in der Öffentlichkeit benutzen. Das kurdische Volk darf keinen Anspruch auf politische Aktivitäten stellen. Für uns gibt es nur Ermordung und Terror, genau wie für die türkische Arbeiterklasse, für das arbeitende Volk, für die Verelendeten und wie für die Aleviten. Leben kann man in der Türkei nur, wenn man diesen Verbrechen zuarbeitet, wenn man Dorfschützer wird, wenn

leugnet, darf man ein erbärmliches Leben in der Türkei führen.

Seit elf Jahren gibt es nun Krieg zwischen Kurdistan und der Türkei. Der türkische Staat trägt die Verantwortung dafür, daß es mindestens 30 000 Tote auf kurdischer und auf türkischer Seite gibt.

Jetzt liegt das Angebot eines einseitigen Waffenstillstandes von Seiten der Führung der kurdischen nationalen Kräfte vor. Das kurdische Volk ist für Frieden. Wir glauben, daß auch die gesamten deutschen demokratischen Kräfte dafür sein müssen, den schmutzigen Krieg zu stoppen. Auf die Türkei muß Druck ausgeübt werden. So kann das kurdische Volk diesen gerechten Kampf und seine Freiheit gewinnen.



kurdische Volk einen großen Teil beigetragen. Aber leider hat das kurdische Volk jetzt nichts davon. Wir dürfen uns nicht einmal als Kurden bezeichnen. Wir dürfen nicht

man Verräter wird, wenn man leugnet, daß es Kurden, Aleviten, arme Volksmassen und eine türkische Arbeiterklasse gibt. Wenn man alle diese Tatsachen

**Es lebe der
Internationalismus.
Es lebe das Recht
der Völker auf
Selbstbestimmung
des eigenen
Schicksals.**

Celal Tuc

BUCHBESPRECHUNG

THE 43 GROUP

**Antifaschistischer Kampf in Großbritannien
1946-1950**
von **Morris Beckmann**
mit einem Vorwort von **Vidal Sasson**

Im Jahr 1945, nachdem sie ihr Leben für "King and Country" riskiert hatten, hatten jüdische ehemalige Soldaten und Soldatinnen der britischen Streitkräfte allen Grund zu glauben, daß sie den Faschismus für immer besiegt hatten.

Oswald Mosley entschied, daß er dort weitermachen konnte, wo Hitler und Mussolini aufgehört hatten. An Straßenecken verkündeten seine faschistischen Redner, daß "nicht genug Juden vergast worden sind". Etwas mußte dagegen unternommen werden. Die 43 Group tritt auf. In einer erbitterten, blutigen, aber gleichzeitig glänzenden verdeckten Kampagne zerstörten sie in fünf Jahren die Mosley-Bewegung und alles, wofür sie stand.

Der Autor **Morris Beckmann**, ein Gründungsmitglied, hat den ersten Bericht über die Aktivitäten der Gruppe geschrieben. Seine atemberaubende Schilderung beschwört die ganzen Gefahren, Spannungen und den schwarzen Humor einer Zeit herauf, als der Krieg gegen den Faschismus von den Städten Europas in die

Straßen Londons gekommen war.

Bei dem gegenwärtigen Wiederaufleben neonazistischer Aktivitäten vermittelt dieses ermutigende Buch einer neuen Generation, daß manchmal die Bekämpfung des Feuers durch Feuer der einzige Weg sein kann.

Leseprobe:

"Wir lernten schnell. Zum Beispiel, daß Zwischenrufe zwar störten, aber nutzlos waren, solange sie nicht den Abbruch der Veranstaltung vorbereiteten, was immer dann passierte, wenn die Rednerplattform umgekippt wurde. Die Polizei ließ nie zu, daß sie wiederaufgestellt wurde. Ein Dutzend Kommandomitglieder in enger Keilformation, die schnell waren, konnten oft den Ring von muskulösen Ordnern durchbrechen, und es war nur eine Person nötig, um die Plattform umzuwerfen. Wo Polizei und Faschisten zu zahlreich waren, begannen wir, lautstarke Auseinandersetzungen und Handgemenge an einem halben Dutzend verschiedener Punkte in der Menge zu inszenieren, die

solange eskalierten, bis die Polizei gezwungen war, den Redner zum Aufhören und Nachhauseweg aufzufordern. Damals konnte die Polizei noch nicht über Funk Verstärkung anfordern. Viele Polizisten gaben Gruppenmitgliedern zu verstehen, daß sie die Faschisten nur ungern schützten, aber ihren Befehlen gehorchen mußten. Die Gruppenmitglieder sollten sich im Fall einer Festnahme in keinem Fall wehren. Manchmal passierte es, daß zwei oder drei Mitglieder zu einem Polizisten gingen, der gerade einen von uns festhielt, und versuchten, ihn zu überreden, den Mann laufen zu lassen.

"Nur sachte, Kumpel", drängten sie ihn, "Du trägst den Africa Star, den Burma Star, und wofür? Weil du gegen dieselben Arschlöcher gekämpft hast wie das, das jetzt da vorne redet. Der Typ, den du festhältst, hat die gleichen Orden wie du, vielleicht habt ihr Seite an Seite gekämpft. Du kannst ihn nicht einsperren, nur weil er die Faschisten bekämpft, oder?"

Das funktionierte ziemlich oft. Bei einer Schlägerei in der Ridley Road wollte mich ein Polizist, ungefähr in meinem Alter, festnehmen, der unter anderem den North Atlantic Star trug. Ich zeigte darauf.

"Geleitschutz?"

"Ja."

"Auf was für Schiffen waren Sie? Begleitschiffen? Zerstörern? Bewaffneten Handelsschiffen?"

"Auf Begleitschiffen, warum?"

"Ich wurde von der Dianella vor Island aufgelesen. Wir waren dort auf der Rückfahrt von Halifax, Nova Scotia, versenkt worden."

"Die Dianella", grübelte er, "das ist ein Schiff der flower class?"

"Stimmt", sagte ich, "wollen Sie mich immer noch festnehmen?"

"Hau ab!" Er ließ meinen Arm los.

"Schnell, bevor die grünen Minnas von der Dalston Lane

und Stoke Newington kommen."

Er zeigte in Richtung Colveston Crescent.

"In die Richtung. Wenn Sie



"Dieses Buch über die psychische Konfrontation mit den Faschisten könnte kaum zu einem besseren Zeitpunkt erscheinen, da die Debatte über effektive antifaschistische Taktiken immer wichtiger wird." Red Action.

Morris Beckman:
THE 43 GROUP -
Antifaschistischer
Kampf in GB
1946 - 1950
206 Seiten, 25 DM
ISBN
3-927170.08-9

die St. Marks-Kirche sehen, nicht abbiegen, einfach immer geradeaus, und Sie sind in Sicherheit. Nicht alle sind so wie ich, also los!"

Harald Kater - Verlag
Görlitzer Straße 39
10997 Berlin
Tel./Fax 030/6182647

Die Nazi-Vergangenheit des IKEA-Chefs

Der Gründer und jetzige Chef des schwedischen Möbelkonzerns IKEA, Ingmar Kamprad, 68 Jahre alt, war während des und nach dem Zweiten Weltkrieg aktives Mitglied von zwei nazi-infizierten Vereinigungen - Schwedische Opposition (Svensk Opposition) und Die Neuschwedische Bewegung (Den Nysvenske Bevaegelse) -, und viele Jahre nach dem Krieg war er immer noch von Ideen des Nazismus beeinflusst. Die Sache wurde offenkundig, weil der jetzt verstorbene Führer beider Organisationen, der notorische Nazi Per Engdahl, zahlreiche private Dokumente dem schwedischen Reichsarchiv überlassen hatte. Sein etwas leichtsinniger Umgang mit den Dokumenten, die nicht festgelegt, d.h. für eine gewisse Anzahl Jahre als geheim gestempelt, wurden, führte zur Veröffentlichung. Ingmar Kamprad war sehr betroffen, als die Sache in der Presse erschien. Er war eifrig darauf bedacht, als reuiger Sünder aufzutreten, dem seine "große Dummheit" so bitter leid tue. Aber nicht viele glaubten ihm. Erst recht nicht, als herauskam, daß er mehrere Jahre nach dem

Krieg Per Engdahl finanziell unterstützt hatte. 1958 nahm Kamprad an einer großen internationalen Konferenz teil, die von der faschistischen Organisation Die Europäische Soziale Bewegung (Den Europaeiske Sociale Bevaegelse) organisiert worden war. Per Engdahl ist ziemlich berichtigt. Vor dem und während des Krieges machte er Propaganda für eine europäische Union unter Führung von Hitler-Deutschland. In der Endphase des Krieges und später beteiligte er sich daran, Kriegsverbrecher aus Norwegen und Dänemark zu schmuggeln. Er hatte laut Veröffentlichung ein großes Vermögen (vielleicht Geld, Gold und Silber der Kriegsverbrecher, das sie den Juden und anderen Leuten, die sie umgebracht hatten, gestohlen hatten?), das er vor seinem Tod den Neonazi-Organisationen Die Reichsfront (Rigsfronten) und Das Sturm-Netzwerk (Strom-netvaerket) vermachte.

(Aus: HAANDSLAG, Zeitung der dänischen "Volksbewegung gegen Nazismus", Nr. 4/95, S. 16; übersetzt von K.D.)

VORWÄRTS!

**Kurdische Brüder, kommt!
Wir gehen in ein paradiesisches Land, Männer!
Wenn Ihr nicht mitkommt, egal, wir Frauen marschieren!
Das Leben als Knechte haben wir satt.
Es lebe der Sieg!**

**Wir sind eine neue Generation von Frauen.
Wir wollen arbeiten!
Wir haben unser noch junges Leben auf den Weg in unser Land gebracht.
Unsere Herzen sind hart geworden, hart wie Stahl.
Kommt, sammelt Euch unter der bunten Fahne.
Kommt, wir sind stark genug!**

**Vorwärts, dies ist unsere Zeit.
Unser Land wartet auf uns!**

ARM IN ARM

**Schwarze Tage bedrücken das Herz.
Ein Mittel gegen den Schmerz muß von weither beschafft werden.
Spare Dir Deine Tränen, weine nicht!
Sei eine Blume im Garten Deiner Freunde!
Sorge dafür, daß der Feind weint!**

**Auf dem Weg durch die Berge,
Auf dem Weg durch die Städte
Reicht Euch die Hände und:
Vorwärts, Arm in Arm ...**

**(Liedtexte von Grup Yorum,
übersetzt von E. Dieckerhoff)**